Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für den politischen Teil: Adolf Thiele, für den lokalen und provinziellen Teil: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 7. | **Halle, Donnerstag den 9. Januar 1919.** | **3. Jahrgang.**

Verderben gehe deinen Gang!

Das Furchtbarste, das Entsetzlichste, was noch denkbar war, ist nun Tatsache geworden. **In Berlin wüten Maschinengewehre und Handgranatn im Kampfe der Volksgenossen gegen Volksgenossen. Waren am Dienstage** Dutzende gefallen, so werden die Opfer **am Mittwoch** noch viel zahlreicher gewesen sein. Fluch **denen, tausendmal** Fluch denen. deren Verblendung oder **deren demagogische** Gewissenlosigkeit es bis zu **diesem Grausen getrieben hat.**

Schritt für Schrit ist es **bis dahin gesteigert worden** mit kalter Berechnung. Die **Revolution sei durch** die Regierung gefährdet, sie stehe im stillen **Bunde mit den reaktionären** bürgerlichen und **militärischen Elementen, da** sie die vom Rätekongreß beschlossene Sozialisierung nicht sofort vorgenommen habe, sei ihr böser **Wille** festgestellt. Bluthunde seien die Ebert und Scheidemann, **die kaltherzig die** Proletarier niederkartätschen ließen. **So klang es in allen** Variationen, und es gab Arbeiter, **die das glaubten,** glaubten, obwohl sie Augen und Ohren haben.

Da müssen es die Millionen, **die ihre Vernunft und** ihren prüfenden Blick behalten haben, laut in alle Welt schreien, daß die Regierung unschuldig ist an dem Blute, **daß alle Schuld allein auf den Verbrechern am Volke lastet, die mit Wissen und Absicht es dahin gebracht haben** in der Meinung, die Regierung werde es nicht wagen, diejenigen Mittel zur Rettung des Rechts, der Ordnung und der Revolution anzuwenden, die allein noch gegeben waren.

Die Regierung ist nicht nur bis an die Grenze, sondern **noch weit über die Grenze des stillen Zuwartens gegangen. Sie hat noch verhandelt, wo nichts mehr zu verhandeln war,** sie hat in Güte zugeredet, **wo nichts mehr zuzureden war.**

Nun ist's so weit. Nun steht Gewalt gegen Gewalt, und es kann nicht zweifelhaft sein, daß die spartakistische Minderheit erliegen muß, nicht dem Unrecht, das in ihrem Treiben verkörpert ist, sondern dem Rechte, das bei der Regierung liegt, nicht der Unordnung, sondern der Ordnung, nicht der Reaktion, sondern der Realisation, die von den Spartakisten geschändet und verraten worden ist. Ob es ideale Beweggründe waren oder schändliche egoistische und demagogische, kommt jetzt hierbei nicht in Betracht. Sie hatten freies Wort und freie Presse. Als Demokraten durften sie nie mit diesen beiden Waffen kämpfen, nicht mit der rohen Gewalt, an die sie am Sonntag durch frechste Verletzung und Rechtsbrüche appelliert haben. Sie haben es nicht anders gewollt; sie ernten lediglich die selbstausgestreute Saat. „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit Flint' und Speer nicht kämpfen wir! haben sie tausendmal gesungen. Sie sind an sich selbst zum Verräter geworden. Sie haben Wind gesät und ernten Sturm. Das Verderben geht seinen Gang.

Folgende Nachrichten liegen über die Ereignisse am Mittwoch vor:

Berlin im Belagerungszustand.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Hoffnung, eine Rettung aus der verzweifelten Situation durch Verhandlungen zu finden, hat sich leider nicht erfüllt. Wir treiben unabwendbar einem furchtbaren Blutbade entgegen, und die gesamte Bürgerschaft vereinigt sich mit dem überwiegenden Teile der Arbeiterschaft in dem Wunsche, daß es der Regierung gelingen möge, in diesem furchtbaren Kampfe Herr der Lage zu werden. Die Verhandlungen in der Reichskanzlei zwischen Regierung, Unabhängigen und revolutionären Obleuten sind vollständig gescheitert. Wie von Regierungsseite mitgeteilt wird, ist keinerlei Aussicht auf Verständigung mehr vorhanden. Der Oberbefehlshaber von Berlin, Volksbeauftragter Noske, hat den Belagerungszustand über Berlin verhängt.

Feuergefecht am Reichstagsgebäude.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Heute **mittag** am ¾1 Uhr entwickelte sich ein heftiges Feuergefecht am und gegen das Reichstagsgebäude. Das Reichstagsgebäude wird seit vorgestern von Regierungstruppen besetzt gehalten. Die Spartakisten versuchten nun heute mittag, diese Truppen zur Uebergabe zu zwingen. Sie gingen mit Maschinengewehren, Handgranaten und Gewehren gegen das Reichstagsgebäude vor. Binnen wenigen Minuten war ein regelrechter Feuerkampf im Gange. Das Reichstagsgebäude war gerade infolge der spartakistischen Massendemonstrationen in der Siegesallee von einer riesigen Menge umringt. Der erste Schuß fiel aus der Menge der Demonstranten, was durch Augenzeugen einwandfrei festgestellt werden konnte. Als die Regierungstruppen das Feuer nicht erwiderten, trat Ruhe ein, doch währte diese nur kurze Zeit; denn die Spartakusleute stellten sich in kleinen Gruppen rings um das Reichstagsgebäude auf und begannen heftig zu feuern. Die Regierungstruppen antworteten aus den Fenstern und von den Ballonen des Reichstags mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Im Reichstage, der mit Waffen und Mannschaften gespickt ist, erwartet man einen neuen Angriff der Spartakusleute.

Die Kämpfe am Brandenburger Tor.

Berlin, 8. Januar. Die Nachricht, daß das Brandenburger Tor von den Spartakisten genommen sei; ist nicht zutreffend. Das Brandenburger Tor und alle umliegenden Straßenzüge sind noch in Händen der Regierungstruppen. Den Befehl über die Mannschaften führt der Vorwärtsredakteur Erich Kuttner. Alle Angriffe der Spartakisten sind gestern nachmittag und abend unter erheblichen Verlusten abgewiesen worden.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Es lief ferner die Meldung ein, daß die Spartakusleute ein Geschütz in der Dorotheenstraße in Stellung gebracht haben. Ein sehr gefährlicher Punkt war die Gegend der Marschallbrücke, die eine Zeitlang ständig unter Feuer gehalten wurde. Sie wurde von Maschinengewehrfeuer bestrichen. Diese waren zum Teil in einem großen Eckfenster des Reichstagsgebäudes untergebracht. Von dort wurde auf die an den Straßenecken und der Brücke befindlichen Menschengruppen gefeuert. Auch an der Ecke Dorotheenstraße entwickelte sich aus den dortigen Häusern heraus eine lebhafte Schießerei. Ein besonders heftiger Kugelwechsel fand zwischen der Luisenstraße und dem Schiffbauerdamm statt. Dabei ging eine Kugel in das Fenster eines Eckhauses und tötete einen am Schreibpult arbeitenden Mann durch Kopfschuß. Ebenfalls wurde ein Chauffeur am Steuerrad sitzend von einer Kugel tödlich getroffen, als er dort die Straße passierte. Mehrere Kugeln trafen die Leitung der Straßenbahn und zerriß sie, daß sie am Boden liegt.

Die Unter den Linden postierten Regierungstruppen werden fortwährend von radaulustigen Elementen unbekannter politischer Richtung belästigt. Die Regierungstruppen sehen sich veranlaßt, von Zeit zu Zeit Schreckschüsse abzugeben, um die Radaumacher zu vertreiben. Die Ecke der Wilhelmstraße und Unter den Linden wird durch einen Flammenwerfer verteidigt, um bei etwaigen Angriffen der Spartakusleute von den Linden aus diese mit Flammen zu bewerfen.

Ernste Kämpfe um das WTB-Bureau.

Berlin, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zu heftigen [illegible] Tote und Verwundete blieben, kam es in den heutigen Nachtstunden in der Charlottenstraße vor dem Hause des Wolffschen Telegraphenbureaus. Die Regierung hatte den Befehl gegeben, das WTB., das noch immer von Anhängern der Unabhängigen im Verein mit Mannschaften der Sicherungswehr besetzt und dessen Dienst seit vier Tagen völlig unterbunden ist, zurückzunehmen. Gegen 1 Uhr nachts rückten Regierungstruppen durch die Zimmerstraße nach der Charlottenstraße. Die Verteidiger erklärten, daß sie freiwillig den Platz nicht räumen würden. Darauf wurde das Feuer eröffnet. Das im Eckfenster des WTB.-Hauses in der ersten Etage aufgestellte Maschinengewehr arbeitete und hielt die Charlottenstraße in beiden Richtungen, sowie die Zimmerstraße unter starkem Feuer. Die Regierungstruppen versuchten, von den Hausfluren aus mit Handgranaten und Maschinengewehren den Gegnern beizukommen, vermochten jedoch nicht, das Gebäude zurückzunehmen. Nach etwa einer halben Stunde wurde der Angriff abgebrochen und die Regierungstruppen erbaten Verstärkung und schwere Maschinengewehre. Gegen 4 Uhr morgens lebte der Kampf wieder auf, der fast eine Stunde dauerte und auf beiden Seiten zahlreiche Opfer forderte. Durch die Handgranaten und durch die Maschinengewehre wurden die umliegenden Häuser zum Teil sehr schwer beschädigt. Zahlreiche Kugeln gingen in die Privatwohnungen, deren Bewohner in die nach dem Hofe zu liegenden Räume geflüchtet waren. Auch zahlreiche Geschäftsauslagen wurden durch Treffer beschädigt. Bis zur Stunde befindet sich das WTB. noch in den Händen der Unabhängigen.

Die Besetzung der Roten Fahne.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die Besetzung der „Roten Fahne" erfahren wir folgendes: Der Handstreich gegen die „Rote Fahne" gelang durch völlige Ueberrumpelung der dort untergebrachten Bewachungsmannschaften. Die „Rote Fahne", die in dem Lehmannschen Verlage in der Königgrätzer Straße 40/41 gedruckt wird und deren Direktion und Nachtredaktion sich in dem genannten Hause befindet, war von Anhängern des Spartakusbundes besetzt. Gestern abend um 9 Uhr rückten Regierungstruppen heran, erzwangen sich den Eingang und erstürmten den Hof. Dort hatten sich Spartakisten eine Barrikade aus Papierrollen errichtet und diese mit Maschinengewehren gespickt. Nach kurzem Kampfe zwangen die Regierungstruppen das Bollwerk zur Uebergabe. Darauf wurden die Redaktionsräume besetzt und der Druck unterbrochen. Bei einer Durchsuchung fand man im Keller und auf den Böden zahlreiche Maschinengewehre, die beschlagnahmt wurden.

Sperrung des Fernsprechers für die Spartakisten.

Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie wir erfahren, hat die Regierung den ihr bekannten Führern und Drahtziehern der spartakistischen Bewegung das Telephon abgeschnitten, so u. a. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Gesperrt wurden ferner die Leitungen der Rosta, des Berliner Bureaus der Petersburger Telegraphenagentur. Auf dem Polizeipräsidium schienen sämtliche Leitungen abgeschnitten zu sein, da bei Anruf von den Aemtern mitgeteilt wird, alle Leitungen seien gestört. Auch die Telephone der Freiheit, des Organes der Unabhängigen, funktionieren nicht mehr seit heute.

Blutige Kämpfe am Anhalter Bahnhof

haben sich in der Nacht zum Mittwoch abgespielt. Die Spartakisten wollten den Bahnhof besetzen, wurden aber von Regierungstruppen unter starken Verlusten zurückgetrieben. — Auch am Stettiner und Lehrter Bahnhof ist es zu Schießereien gekommen. — Noch keine der von Spartakisten besetzten Zeitungen ist freigegeben worden. — Die Volksmarinedivision sollte angeblich sich neutral erklärt haben, also nicht zur Regierung halten. Demgegenüber hat sie damit erklärt, sie wolle nichts von Spartakus wissen, sondern stehe fest zur Regierung. — Der Ausstand der Straßenbahner ist vollständig. Ihre Lohnforderungen sollen jährlich 30 Millionen betragen. — Die beiden Mitglieder des Vollzugsrates, die gegen die Beseitigung der Amtsentsetzung Eichhorns gestimmt haben, sind Däumig und Richard Müller gewesen. Zwölf haben die Absetzung bestätigt.

Die Regierung besteht darauf, daß alle besetzten Gebäude von den Bolschwisten freigegeben sein müssen, ehe sie in Verhandlungen eintritt.

„Das Nest mag ausbrennen." Ein französischer Politiker erklärte mit bezug auf Berlin, das Nest möge erst ausbrennen.

Lebensmittelmangel der Spartakusmannschaften.

Berlin, 8. Januar. Heute vormittag tagte im Herrenhaus der Zentralrat mit den Obleuten des Spartakus-Bundes. Dieser hatte während der Nacht Unterhandlungen mit der Regierung nachgesucht. Diesem Verlangen konnte aber nicht stattgegeben werden, zumal man sich kein positives Ergebnis einer nächtlichen Tagung versprechen konnte. Wie es scheint, ist die Versorgung der bolschewistischen Truppen ungenügend. Sie haben zwar das Proviantamt in der Köpenicker Straße und die Militärbäckerei besetzt. Doch fehlt es ihnen infolge der Absperrung an Fahrzeugen, um diese Nahrungsmittel abzutransportieren.

Der Regierung stehen an 40 000 Mann zur Verfügung. Außerdem haben sich aus Berlin 14 000 Freiwillige gemeldet, die sich für die Regierung bewaffnen lassen wollen.

Die Bewegung im Reiche.

In Bamberg kündigte Minister Auer in einer Massenversammlung unter freiem Himmel an, wenn erforderlich, werde Bayern die Berliner Regierung unterstützen. Noch nie sei eine politische Partei so tief gesunken wie die bolschewistischen Spartakusleute. Tief bedauerlich sei, daß die Unabhängigen nicht mithelfen, das nationale Unglück unmöglich zu machen.

In Kassel hat sich der A.- u. S.-Rat geschlossen hinter die Regierung gestellt.

In Beuthen droht ein neuer Bergarbeiterstreik. Auch auf Regierungsgruben ruht die Arbeit. Die Bergleute machen anarchistische Gründe geltend.

In Kiel beriet die Stadtverwaltung über die Unterstützung der Erwerbslosen. Während der Sitzung drangen Arbeitslose in den Saal und forderten täglich 8 Mark Unterstützung. Das wurde gewährt unter dem Drucke der Verhältnisse.

In Düsseldorf haben Spartakisten im Anschluß an eine Versammlung in der Nacht zum Mittwoch alle Redaktionen und Druckereien besetzt und die „Düsseld. Nachr." gezwungen als „Rote Fahne" zu erscheinen.

In Dortmund ist das am Dienstag abend von Spartakusleuten besetzte Organ der Mehrheitssozialisten am Mittwoch früh von Sicherungstruppen ohne Schuß zurückgewonnen worden, und das Blatt ist wieder erschienen.

Frauen heraus!

Nur noch wenige Tage trennen uns von der verfassunggebenden Nationalversammlung — wenige Tage noch, und du, liebe Schwester, in Stadt und Land, trittst zum erstenmale als freie Staatsbürgerin, als gleichberechtigtes Weib Schulter an Schulter mit dem Manne an die Wahlurne! Weißt du auch, was das bedeutet? Bist du dir der großen Stunde bewußt? Weißt du auch, daß nun in deiner Hand mit das Schicksal dieses ganzen Volkes liegt? Nicht mehr bist du Bürgerin zweiter Klasse, nicht mehr wirst du wie einst mit Entmündigten und Narren auf eine Stufe gestellt! Nein, als ein vollberechtigter Mensch, als ein Wesen, das berufen ist, mitzubauen am Dom der Völker, stehst du nun da gleich dem Manne!

Weißt du auch, wer dir dieses wichtige Geschenk, das Wahlrecht, brachte? Die Sozialdemokratie war es! Siehe, für dich haben jahrzehntelang Frauen und Männer deines Volkes, deiner Klasse gekämpft — viele sind darüber gestorben, nicht konnten sie mehr das erreichte Ziel erleben, doch in ihr Grab nahmen sie noch das Bewußtsein mit, daß sie nicht umsonst gekämpft, daß, wenn dereinst die Stunde der Erfüllung kommt, die dem Weibe das Wahlrecht gibt, du dich ihrer würdig zeigen wirst. Nun siehe, die Stunde ist da, nun zeige, daß man dich richtig erkannt, daß du das Wesen bist, für das es sich lohnte, zu kämpfen! Denn wisse, nicht nur ein Recht hast du, zu wählen, nein, eine heilige Pflicht!

Sage nicht, es geht auch ohne mich — nein, gerade auf dich kommt es an! Einen Verstoß begehst du, an dir, an deines ganzen Volkes Zukunft, wenn du diese heilige Pflicht versäumst! Sage nicht, ich habe ja keine Zeit — du hast Zeit, denn siehe, du mußtest Zeit haben in diesen schrecklichen Kriegsjahren zu vielem, wozu du eigentlich keine Zeit hattest.

Höre, du Mutter, deren Sohn in fremder Erde mit zerschossener Brust liegt, der nun nicht an die Wahlurne treten kann, um seine Stimme denen zu geben, die verhindern werden, daß jemals wieder ein so furchtbares Morden die Völker vernichtet — siehe du, Mutter, du hast am Tage der Wahl ein heiliges Vermächtnis zu erfüllen, das Vermächtnis deines Kindes, des liebsten, was man dir entrissen, das sterben mußte in der schönsten Blüte seines Lebens, hingeopfert einer Klasse

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190109-10/fragment/page=0001

von Menschen, die noch immer alles dem Volke nahmen mit gewissenlosem Herzen. Nun erfülle, du Mutter, deine Pflicht!

Und du, Weib, dessen Beschützer, dessen Lebensgefährten, dessen Vater deiner Kinder die mörderische Kugel traf, und die du nun allein stehst. Vater und Mutter zugleich deinen Kindern, siehe auch du hast eine heilige Pflicht! Nicht mehr kann dein Mann zur Wahlurne kommen, doch wisse, er starb in dem Bewußtsein, ich habe daheim ein gutes Weib, die klug und selbstbewußt meine Pflichten übernehmen wird. Sie wird an meiner Stelle ihre Stimme erheben, zu einem flammenden Protest gegen diejenigen, die mit schuld daran waren, daß seinen Kindern der Vater genommen wurde.

Und noch eins. Du Mutter, du gibst dein Herzblut für deine Kinder, sitzest nächtelang, wenn eins krank, stehest stundenlang, um ihnen das notdürftige Essen zu schaffen, und solltest nicht Zeit haben, um mitzubauen an der Zukunft deiner Kinder, einer freieren, schöneren Zukunft? Geh, und tue deine Pflicht! Und ihr andern alle, ihr Mütter, ihr Frauen, ihr Schwestern und Bräute, deren Angehörige noch in feindlicher Gefangenschaft schmachten, ihr habt eine doppelte Pflicht!! Vor euch werden sie hintreten, eure Lieben, wenn sie zurückkehren, und werden Rechenschaft von euch fordern, ob ihr diese Pflicht erfüllt!

Sehet, ihnen sind die Hände gebunden, sie können ihr Wahlrecht jetzt nicht erfüllen, nun tretet ihr für sie an die Wahlurne, und gebt eure Stimme ab, damit, wenn sie zurückkehren, sie auch nicht fluchen ob eurer Lauheit. Darum erfüllt, was sie von euch erwarten.

Ihr aber, die ihr so glücklich seid, die Euren noch zu besitzen, denen kein Krieg den Sohn, den Gatten, den Bruder genommen, auch ihr vergeßt nicht eure Pflicht! Denkt nicht, für euch gibt ja der Mann seine Stimme, nein Schulter an Schulter kämpft mit ihm um eure, eures Volkes Zukunft! Glaubt mir, stolz wird der Mann sein, dessen Weib, dessen Braut und Schwester mit ihm zur Wahlurne schreitet. Denkt, eine neue, schönere Zeit bricht an, aber nicht kampflos wird sie erobert sein!

Nein, alle, alle ihr Schwestern in Stadt und Land, vom zwanzigjährigen, jungen Mädchen, bis hinauf zum greisen Mütterlein müßt helfen, daß in Erfüllung gehe, was wir so heiß ersehnen.

Mit allen Mitteln arbeiten die gegnerischen Parteien, um euch zu betören, um euch zu verleiten, daß ihr am Tage der Wahl für sie eure Stimmen abgebt. Seid auf der Hut! Wölfe sind es in Schafskleidern, die jetzt ihre Krallen verbergen, um mit gleißnerischen Worten das Weib des Volkes irrezuführen. Seid auf der Hut!

Vergeßt nicht, daß sie bei vollen Tafeln schwelgten, indes ihr und eure Kinder hungertet, daß ihr euch um ein Hungerlohn die Finger blutig arbeitetet, um jenen ein genußreiches Wohlleben zu schaffen, daß sie euch knechteten, und daß sie es werden tun, wieder tun, daß sie euch hohnlächelnd fallen lassen, wenn ihr so töricht gewesen seid und ihnen mit eurer Stimme neue Macht gegeben habt. Glaubt nicht den Märchen der Gegner, die da sagen, daß man euch die Religion nehmen will! Jedes Menschen Ueberzeugung ist uns heilig, und frei und ohne Zwang soll jeder seiner Ueberzeugung leben. Und daß die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, die sich immer der Bedrückten annahm, die zu allen Zeiten für des Volkes Recht ihr Bestes einsetzte, dies wißt ihr, dies haben euch nicht zuletzt die Kriegsjahre bewiesen.

Darum nochmals, ihr Schwestern, alle heraus am Tage der Wahl und zur Wahlurne geschritten mit dem Stimmzettel der Sozialdemokratie, auf daß

Friede waltet, Wohlstand blüht,
Daß Freud' und Hoffnung hell durchglüht
Der Arbeit Heim, der Arbeit Leben,
Dies ist das Ziel, das wir erstreben!

Elfriede Sch.

Tagesgeschichte.

An alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands!

Der Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands hat, wie euch bekannt, uns zu seinem Vollzugsorgan ernannt und uns seine Vollmachten übertragen. Wir haben in den ersten Wochen unserer Tätigkeit uns fast ausschließlich mit den zum Himmel schreienden Zuständen in Berlin beschäftigen müssen, wo eine kleine Minderheit gegen den allgemeinen Willen des Volkes, besonders auch der Berliner Bevölkerung, und gegen den ausgesprochenen Willen der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands eine brutale Gewaltherrschaft zu errichten bestrebt ist. Das verbrecherische, alle Errungenschaften der Revolution gefährdende Treiben bewaffneter Banden hat uns genötigt,

der Reichsleitung außerordentliche Vollmachten zu erteilen,

damit in Berlin endlich einmal die Ordnung und Rechtssicherheit, die unter dem freiheitlichsten Regime erst recht notwendig sind, wiederhergestellt werden können. Alle Meinungsverschiedenheiten müssen jetzt zurückgestellt werden hinter das Ziel, die schwer erkämpfte Volksfreiheit zu schützen, den Frieden nach innen und außen zu sichern und damit das ganze werktätige Volk vor neuem, furchtbarem Unglück zu bewahren. Es ist die Pflicht aller Arbeiter- und Soldatenräte, uns und die Reichsleitung dabei mit allen Mitteln zu unterstützen. Haltet alles, was dazu erforderlich ist, bereit! Je einmütiger sich die Arbeiter und Soldaten Deutschlands in den von ihnen erwählten Räten zusammenschließen, desto rascher wird der Kampf nach dem Willen des Volkes entschieden sein.

Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik.

Die Friedensbesprechungen.

Amsterdam, 8. Jan. Wie das „Algemeen Handelsblad“ aus Paris meldet, wird Wilson sofort eine Reise durch die verwüsteten Gebiete antreten. Er wird zu Beginn der nächsten Woche zurückkehren, worauf dann zur festgesetzten Zeit die Besprechungen zwischen den alliierten Großmächten, an denen wahrscheinlich auch Japan teilnehmen wird, beginnen werden. Man ist der Ansicht, daß die Vollsitzung der interalliierten Konferenz, an der auch kleine Mächte teilnehmen werden, 10 bis 14 Tage dauern wird.

Paris, 8. Jan. (Havas.) Die Eröffnung der offiziellen Besprechungen über den Frieden vor dem 13. Januar wird durch die Tatsache erleichtert werden, daß Wilson auf Anraten seines Arztes sich in Paris 48 Stunden Erholung gönnen muß. Sein Besuch in Brüssel und in dem besetzten Gebiet wird aufgeschoben werden. Doch werden zwischen den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Vereinigten Staaten Vorerörterungen stattfinden.

Zur Lage im Osten.

Bromberg ist in deutscher Hand. Dort und in den benachbarten Städten Nakel, Schubin usw. werden Bürgerwehren gebildet, zu denen sich bereits Tausende gemeldet haben. Seit Sonntag ist die Verbindung von Berlin über Thorn nach dem Osten unterbrochen. Auch mit Posen ist der Verkehr unmöglich. 34 000 Polen sollen im Anmarsch auf Schneidemühl sein.

In Thorn und Graudenz herrscht vollkommene Ruhe. Auch aus Oberschlesien wurde das berichtet. Das Militär hat die polnische Grenze besetzt und steht fest auf Seite der Regierung. — Die von den Polen internierten Generäle v. Bock und Pollach sollen freigegeben werden, wenn nicht wieder Flugzeugangriffe erfolgen auch wie auf Posen.

Spartakisten verraten die deutschen Brüder im Osten.

Bochum, 8. Januar. Als in Bochum sich gestern vormittag 70 Angehörige des Freiwilligenbataillons aus dem Stadt- und Landkreise zur Abfahrt nach dem Osten versammelt hatten, fuhr plötzlich ein Auto vor, dem ein Abgesandter des Münsterischen General-Soldatenrats, ein Marine-Soldatenrat, entstieg. Dieser erklärte: Leute, geht ruhig wieder nach Hause; die Abfahrt erfolgt nicht. Der General-Soldatenrat hat über Nacht beschlossen, daß die Aufstellung des westfälischen Freiwilligenbataillons nicht erfolgen soll. Nach dieser Mitteilung erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Der Abgesandte erklärte weiter, die Aufstellung des Bataillons solle unterbleiben, weil die alte Kamarilla nur wieder ein Heer haben wolle. Wenn die Abfahrt dennoch erfolge, werde man sie durch Waffengewalt zu verhindern wissen. Es fanden schließlich Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß die Fahrt der Freiwilligen unmittelbar nach Frankfurt a. O. erfolgen solle.

Wie Radek nach Deutschland kam.

Der Daily Telegraph meldet aus Petersburg indirekt: Nach der Prawda steht die Entsendung von weiteren Bolschewistenführern nach Deutschland bevor, wo man vor dem Beginn der Entscheidungskämpfe um die Macht stehe. Die Prawda behauptet ferner, daß Radek nicht auf dem Landwege, sondern unter Mithilfe deutscher Matrosen zur See nach Deutschland hereingekommen sei.

Die Zusammenkunft der Internationale.

Von den Sozialisten der Westmächte wird die Möglichkeit einer internationalen Konferenz erneut beraten. Es gibt unter ihnen Gruppen, die die deutschen Mehrheitssozialisten ausgeschlossen wissen wollen, während z. B. Camille Huysmans, der Sekretär der Internationale, ihre Teilnahme verlangt. Wahrscheinlich wird ein Mittelweg gewählt, den der belgische Sozialist Vandervelde anregte. In Lausanne sollen neben der Konferenz der Sozialisten der verbündeten Westmächte auch Verhandlungen zwischen neutralen Sozialisten unter Führung Brantings mit den Vertretern der deutschen Gewerkschaften erfolgen. Wie weit die Annäherung der feindlichen Gruppen gediehen ist, läßt sich noch nicht feststellen. Und davon hängt auch ab, ob die Internationale, wenn überhaupt, so doch nur erst in absehbarer Zeit wieder politische Geltung zu gewinnen vermag. Die Niederlage der Arbeiterpartei bei den englischen Wahlen zeigt, daß der internationale Sozialismus in England keinen entscheidenden Einfluß besitzt. Auch in Frankreich hat der Krieg die sozialistischen Parteien und ihre Grundsätze stark durcheinander geworfen. Clemenceau soll indessen jetzt bereit sein, Pässe nach Lausanne für die Vertreter der französischen Sozialisten auszustellen.

Abgelehnte Unterstützung.

Der Deckoffizierbund hat in einer Vollversammlung folgende Entschließung angenommen:

„Die außerordentlich starkbesuchte Versammlung des Deckoffizierbundes stellt ausdrücklich fest, daß die Zahlung besonderer Ueberführungsgelder für die letzte und schmachvollste Fahrt unserer Flotte nicht mit der Vaterlandsliebe und den grundsätzlichen Auffassungen der D.-O. in Einklang zu bringen ist. Dementsprechend lehnen die an der Fahrt beteiligten D.-O. diese Gelder einmütig ab.“

Ein Matrosen-Gewaltstreich in Schwerin

Aus Schwerin wird gemeldet: In der Nacht versuchten die Unabhängigen mit Hilfe von aus Berlin herbeigerufenen Matrosen einen Gewaltstreich. Die Matrosen waren spät am Abend in Schwerin angekommen. Nachdem sie vergeblich versucht hatten im Schlosse und in der Artilleriekaserne Quartier zu nehmen, besetzten sie das Arsenal, ferner den Bahnhof, die Post und das Telegraphenamt und unterbanden und verhinderten jeden Verkehr. Sie erklärten die Regierung für abgesetzt und bezichtigten den Soldatenrat der Bestechung. Ebenso gingen sie daran, angesehene Persönlichkeiten der Stadt zu verhaften, darunter Vorstandsmitglieder der ehemaligen Vaterlandspartei. Gegen 10 Uhr morgens kam die Artillerie mit Geschützen und die Garnison mit Maschinengewehren herbei. Das Arsenal, in dem sich die Matrosen verschanzt hatten, wurde unter starkem Maschinengewehrfeuer genommen und die Matrosen schließlich überwältigt, verhaftet und abgeführt. Dann wurde der Verkehr wieder aufgenommen.

Bewaffnete Kriegsgefangene in Berlin.

Berlin, 8. Januar. Gestern abend gegen 11 Uhr fanden am Nollendorfplatz größere Ansammlungen statt. Redner, teilweise Offiziere, sprachen zur Menge im Sinne der Regierung Ebert-Scheidemann und forderten zur Bildung von Freiwilligen-Kompagnien auf; Ausrüstung und Bewaffnung fände heute vormittag in Dahlem und im Viktoria-Louise-Stift statt.

Etwa um dieselbe Zeit bewegte sich ein starker, geschlossener, bewaffneter Zug Kriegsgefangener, in der Hauptsache Franzosen, natürlich durchsetzt mit Anhängern Liebknechts, die Motzstraße entlang. Sie riefen fortwährend „och Liebknecht“. Zusammenstöße haben jedoch nicht stattgefunden. Auf Befragen erzählten einzelne Franzosen, die die Absicht hatten, in ihre Heimat zu gehen, daß man sie nicht die Rheinsperre passieren ließe.

Ende gut, alles gut.

80 Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

Der feierliche, zuletzt erwartete Moment erschien. Die Tanzmusik im Wirtshause war verstummt, und in die Ohren der bunten Menge, die sich davor angehäuft hatte, ertönte vom Hof her auf einmal ein kräftiger Marsch. „Sie kommen! Sie kommen!“ rief man freudig zu und die Vorsichtigen eilten auf die Standpunkte, wo man die Aufführung am besten übersah. Unter einer wahren Kanonade von Juhschreien sämtlicher Bursche, die zuweilen auch die Blechmusik übertönte, kam der Zug aus dem Hofe: zuerst die sechs Musikanten, dann der „Flur“ (Flurschütz, Gemeindediener) mit einem Stuhl, der Aufwärter mit einer riesigen kupfernen Bierkanne und das Wirtsmädchen mit Krügen; endlich die Paare, geführt von dem ersten Platzmeister, der an der Seite seiner Schönen stattlich daherschreitend einen großen, bändergezierten, in blanker Scheide ruhenden Säbel trug! An der uralten Linde angekommen, machte man Halt, die Musikanten stellten sich herum, der Aufwärter setzte die Bierkanne auf den Stuhl, und die Paare traten an die Seite. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit zog der erste Platzmeister den Säbel aus der Scheide, hielt ihn in die Höhe, stellte sich vor die Musikanten und sang das herkömmliche Liedchen:

Jetz soll e halt danza' drei Roša'n alloi!
I ka's ja kamm (kaum) danza' vor Staub ond vor Stoi.

Die Musikanten spielten und der Bursche tanzte allein um die Linde, indem er auf dem mäßig ebenen Boden seinem Titel Ehre machte. Zum zweitenmal sang er:

Der erst der ist danzt ond der ander' fangt a':
Jetz will e halt seha', ob es nommol so ka'.

Die Zuschauer, die bei solchen Gelegenheiten, wenigstens eine Zeitlang, empfänglich und anspruchslos zu sein pflegen, nahmen diese allerdings mehr sachgemäßen als poetischen Reime mit heiterem Interesse auf, und da der Platzmeister wieder ohne zu stolpern und in schönem Kreisbogen um den Baum kam, rief ein lustiger Studiosus ihm Bravo zu.

Zum dritten sang er:

Ond oömol ond zwoëmol ond nommol ist frei!
Ond des mueß das Best' sei', dann ietz isch vorbei!

Nach glücklicher Vollendung auch dieses Reihens steckte der Bursche den Säbel in die Scheide, übergab ihn dem „Flur“, sah auf die Paare und sang:

Danzt hab' e so gut als ma's ka'n ohne Schatz;
Nemm jeder die Sein' ietz ond rei' auf da' Platz!

Er holte sich die Geliebte, die mit Würde den Leistungen ihres Burschen zugesehen hatte, und begann mit ihr zu walzen. Alle Paare folgten nach.

Der Tanz — die Trinkpausen mit eingeschlossen — dauerte ungefähr eine Stunde. Da die Bursche und Mädchen von verschiedener Gestalt und Schönheit waren, und beim Tanzen verschiedene Manieren an sich hatten, die auf dem schwierigen Terrain um so charakteristischer hervortraten; — da den Musikanten eine Reihe Lieder vorgesungen wurden, wovon etliche nicht ohne pikanten Reiz, andere aber insofern „echt lyrisch“ waren, als nicht eine Spur von Gedanken darin vorkam — so gab es für das Publikum, namentlich für das gebildete, gar vielerlei zu schauen und zu kritisieren. Einige der Herren unterhielten ihre Damen mit mehr oder minder gelungener Verspottung und ironischer Belobung der ländlichen Künste. Andere lachten und und nickten Beifall. Wieder andere stellten Vergleichungen an und suchten zu entscheiden, welche Mädchen den Preis der Schönheit verdienten usw.

Die größte Aufmerksamkeit hatte bald von allen Paaren ein uns wohlbekanntes auf sich gezogen — der Schneider und die Gret. Die stattliche Größe des Mädchens und die zierliche Kleinheit des Burschen war zuerst aufgefallen. Bei näherer Betrachtung fand die Schönheit der Blonden lebhafte Anerkennung, besonders von seiten dreier Studiosen, die ihre Augen so oft nach ihr wandten, daß eine danebenstehende junge Nördlingerin beinahe eifersüchtig geworden wäre. Nicht geringeres Interesse erweckte indes bei eben diesen Studiosen der Schneider selbst. Glücklicher und selbstbewußter auszusehen als dieser, war nicht möglich. Das schönste Mädchen von allen, die um die Linde tanzten, war die seine! Sie hatte sich erst ein bißchen „geziert“, als er sie einlud, mit ihm auf den Platz zu gehen; aber wie bald hatte sie Ja gesagt! Mit welchem Vergnügen hatte sie's gesagt, und wie gern war sie mit ihm gegangen! Dumme Teufel mußten die gewesen sein, denen sie den Laufzettel gegeben! Er war gekommen, hatte gesprochen, und immer weicher war sie geworden und immer nachgiebiger, und jetzt konnte er mit ihr machen, was er wollte! Es lebe die Fremde! Wer nicht hinauskommt, der kommt nicht heim, und bleibt ein Dummkopf, der überall das Nachsehen hat! — Heute noch, beim Nachhauseführen, wollte er mit ihr reden wegen der Heirat, auf den Winter machte er Hochzeit, und damit basta!

Das Wohlgefallen, mit welchem die drei Studiosen zu ihm hersahen, schmeichelte unserem Dorfschneider ungemein. Er mußte freilich annehmen, daß ein Teil des Beifalls seiner Tänzerin galt — aber war das nicht wieder eine Ehre für ihn? Sein Gesicht wurde vor Selbstgefälligkeit ordentlich runder, jedenfalls glänzte es „wie Wallerstein des Abends“ (wenn die Sonne aus den Fenstern der terrassenartig aufsteigenden Häuser widerstrahlt!) — und seine Augen blickten beim Tanzen rechts und links, um nichts von den Eindrücken zu verlieren, die er hervorbrachte.

In solcher Stimmung ist man nicht geneigt, anderen Erfolge zu gönnen; und wenn einer dergleichen erzielt, fühlt man einen Trieb, ihn herunterzustechen. Die Heiterkeit, die ein paar von einem rüstigen Kerl gesungene lustige Liedchen hervorriefen, weckte des Schneiders Eifersucht. Er wollte auch ein Lied singen, das den „Herrn“ Spaß machte, und hatte schon den Mund dazu geöffnet, als ihm derselbe Mensch zuvorkam. Verdrießlich hörte er zu, und wie in dem Text statt des Reims eine bloße Assonanz zum Vorschein kam, rief er, das Gesicht satirisch-kritisch den Studenten zugewendet: „Reim de oder i friß de!“ — Der Sänger schaute den Burschen an, und nach geendetem Reihen sagte er: „Desmol will e a bessers senga', paß auf!“ Und er sang:

Doh droba'n auf dem Bergle bei dera' Kapell
Doh sitzen drei Schneider beir' Wasserbodell!

Allgemeine Heiterkeit war der Erfolg dieser Schnurre; auch die Gret, die im Verlauf des Tanzens etwas zerstreut geworden war, konnte sich nicht enthalten zu lächeln. Der Schneider ging auf Nadeln. Wie gern hätte er den Kerl zehnmal stärker getroffen! Aber es war ein Maurer, und er wußte kein Spottlied auf dieses Handwerk! Da half ihm die Entrüstung über die dumme Verhöhnung seines Metiers aus der Not: sie gab ihm einen Reim ein, wodurch er den Hieb mit Zinsen wieder zurückzugeben hoffte. Er stellte sich resolut hin und sang:

Die Kleider der Leut' hat der Schneider gemacht,
Und der ist a Narr, der die Schneider veracht'.

Schallendes Gelächter folgte auf diesen gewaltigen Rückschlag, in welches der vermeintlich Getroffene herzlich mit einstimmte, während die Gret etwas errötete und einen mitleidigen Blick auf ihren Tänzer warf. Der Schneider sah dies nicht. Würde ihm nicht schon das Lachen ein Beweis gewesen sein, daß er einen treffenden Reim gedichtet, so hätten ihn die lobenden Zurufe der Studenten davon überzeugen müssen. Triumphierend saß er umher und tanzte, von dem Hochgefühl des Sieges getragen, mit erneuerter Kraft und Leichtigkeit. Während er das Vorsingen anderen überließ, dachte er bei sich: „Wann die Herra' an deana' Bauraliedla' scho' so a Freud' hont, nocht will ih ihna' doch beweisa', daß e andre oh no' ka'!“ — Als die Zeit, die auf dem Platz zugebracht zu werden pflegte, sich ihrem Ende zuneigte, ersah er seinen Moment, nahm eine Stellung, die etwas erwarten ließ, und sang, indem er den Studenten pfiffig zublinzelte, folgende anmutige Variation eines Burschenliedes:

Der Herr Professer
Liegt in Korretschiom.
Drom wär' es besser,
Man trinkt eins rom.
Ebete, bebete, esse koralle!
Was soll das Hepula? Bombau, holla!

Die Studenten horchten mit hochvergnügten Gesichtern, riefen Bravo und lachten königlich zusammen. — Der Schneider war überzeugt, daß er die Palme davongetragen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190109-10/fragment/page=0002

Sitzung des großen Arbeiterrates.

In der Sitzung Mittwoch nachmittag 5 Uhr berichtete Vorsitzender Kilian über die

Differenzen mit dem Magistrat.

Nachdem der Magistrat im Dezember vorgeschlagen hatte, als Vertreter des A.-R. möchten Gröbel und Kilian die zwei freigewordenen Stellen der besoldeten Stadträte einnehmen und nachdem die Stadtverordneten diesem Vorschlage durch Wahl der beiden Beigeordneten Rechnung getragen hatten, hat der Magistrat der Regierung in Merseburg zur Erwägung gestellt, ob nicht die Wahl nach der Städteordnung zu beanstanden sei. Auch beim preußischen Ministerium des Innern hat der Magistrat in dieser Sache Beschwerde eingereicht. Da auch sonst gegebene Zusagen nicht erfüllt wurden, sei dem Magistrat das Ultimatum gestellt worden. Der Magistrat habe dann zwar die vier Fragen (im Wortlaut in dem Bericht über die Sitzung des Soldatenrats gestern veröffentlicht) bejaht, aber nur bedingt. Da sei ihm dann neuerdings das kurz befristete Ultimatum gestellt worden. Das habe zu einer Magistratssitzung geführt, die heute vormittag stattgefunden habe. Nunmehr habe der Magistrat den A.- und S.-Rat als einziges Organ der vollziehenden Gewalt anerkannt; er will ferner die ihm zugestellten Beschlüsse, soweit sie der Entscheidung des Magistrats unterstehen, unverzüglich zur Ausführung bringen. Gröbel und Kilian als Beigeordnete betrachten und von ihnen alle amtlichen Kundgebungen des Magistrats vor der Veröffentlichung zur Gegenprüfung vorlegen.

Von der Forderung, Dr. Rive solle die Erklärung vor öffentlicher Volksmenge abgeben ist Abstand genommen worden, nachdem der gesamte Magistrat seinen Rücktritt beschlossen hatte, falls diese Forderung aufrechterhalten würde. — In alle städtischen Dienststellen werden Kontrollpersonen mit dem Rechte, sich alle Schriftsätze vorlegen zu lassen, entsandt werden. — Von den Stadtverordneten werden 100 000 Mark gefordert werden, damit jeder Mann des Sicherheitsregiments einen monatlichen Zuschuß, zunächst als Vorschuß, von 50 Mk. erhalten kann. — Kilian schloß seinen Bericht mit der Feststellung, der Magistrat sei von keiner Regierung abhängig, sondern nur vom A.- und S.-Rate, der allein zu entscheiden habe. Von der Berliner Regierung habe der Magistrat keine Weisungen entgegenzunehmen. — Der Bericht löste keinerlei beifällige Zustimmung aus.

Thiele wendete sich grundsätzlich gegen die Auffassung, als stände den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten allein die Befugnis zu, die örtlichen Verwaltungsbehörden zu dirigieren. Da die Arbeiter- und Soldatenräte an den verschiedenen Orten auch in wichtigen Fragen verschiedener Meinung sind, würden damit ganz unmögliche Zustände geschaffen werden. Die Revolution habe ein einiges Deutschland mit gleichen Rechten geschaffen, nicht aber atomisierte Gemeinderepubliken, in denen jeder Ort machen könne, was er wolle. Das aber würde die Folge von Kilians Politik sein. Im Schulwesen, in Sanitätsfragen, im Armenwesen, in der Totenbestattung usw. müßten einheitliche Gesetze für das ganze Land bestehen, an die jeder Magistrat gebunden sei und die auch von den Arbeiter- und Soldatenräten anerkannt werden müßten. (Zwischenruf: „Selbstverwaltung") Natürlich bestehen wir auf vollster Selbstverwaltung. Aber diese muß im Rahmen der für alle gültigen Landesgesetze bleiben.

Kilian blieb dabei, daß der Magistrat nur da sei zur Ausführung der Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrats, der eben die Freiheit haben wolle, Verordnungen der Berliner Regierung, die er nicht billigt, abzulehnen.

Wolf, Schmidt und Kürbs teilen die Auffassung Kilians. Gruner (vom Soldatenrate) macht dagegen darauf aufmerksam, daß in Halle alle mit der Bahn nach Berlin durchfahrenden Soldaten entwaffnet werden sollten, was in anderen Städten nicht Vorschrift ist. Dadurch könne es noch zu heftigen Kämpfen kommen. Heute habe außer dem gesamten Sicherheitsdienste auch noch Artillerie zu diesem Zwecke aufgeboten werden müssen; dabei seien die durchfahrenden Truppen gut diszipliniert gewesen. Dem Soldatenrate sei vom Arbeiterrate die Aufgabe der Entwaffnung gestellt worden, aber niemand sage, wie das zu lösen sei. Komme es zu schlimmen Zusammenstößen, dann werde die ganze Schuld auf den Soldatenrat fallen. Also eine Zentralstelle, die solche allgemeinen Fragen regle, müsse es geben.

Kilian: Die Entwaffnung der hier durchfahrenden, nach Berlin beförderten Truppen muß hier erfolgen, damit nicht in Berlin unsere Brüder niederkartätscht werden können. Kann der Soldatenrat die Aufgabe nicht lösen, so mag er 2000 (Zuruf: „5000!") bewaffnete Arbeiter anfordern.

Kreutzkamp hält eine Landesregierung mit dem Rechte der Gesetzgebung für unerläßlich und fragt, was werden solle, wenn eine Verordnung der Regierung zwar dem Arbeiterrate nicht gefalle, aber der Mehrzahl der andern Stadtbewohner.

Schmidt wirft der Regierung vor, sie billige die Sicherheitstruppen nicht (??) und wolle die Ablieferung der Waffen. Gegen gegenrevolutionäre Elemente müsse aber der Arbeiter- und Soldatenrat einschreiten können.

John spricht offen aus, wenn in Berlin die Regierung auf dem Boden der Unabhängigen stände, brauchten die Soldatenzüge nicht entwaffnet zu werden.

Jänicke führt aus, die Regierung habe auf die Beschlüsse des Rätekongresses gepfiffen, leiste einem Hindenburg Gefolgschaft und habe die Oberkommandogewalt nicht abgeschafft. Jetzt gehe es um die Revolution, und die Truppen dürften nicht mit Waffen nach Berlin gelassen werden. Die Revolution wäre gut gewesen, wenn wir eine tüchtige Regierung gehabt hätten. Aber die Regierung wolle die Revolution erdrücken.

Thiele erwidert, davon könne keine Rede sein; die Regierung wolle nur die Revolution sichern vor der Zertrümmerung durch Treibereien wie jetzt in Berlin. Es sei dankenswert, daß mehrere Redner offen zugegeben hätten welchen Zweck die Entwaffnung der Truppen hier auf der Bahn habe. Die Unabhängigen sollten aber doch nicht vergessen, daß sie zwar hier in Halle Oberwasser haben, aber im Reiche nur eine kleine Minderheit bilden. Was Rechtens sein soll, könne jedoch nur die Mehrheit entscheiden, nie die Minderheit. Und die große Mehrheit steht hinter der jetzigen Regierung. Gerade der Fall mit der Entwaffnung durchfahrender Truppen zeige, wie unentbehrlich die Zentralregierung mit gesetzgebender Kraft sei. Welcher Widerspruch liege übrigens darin, daß die Unabhängigen zwar Kandidaten zur preußischen gesetzgebenden Nationalversammlung aufgestellt hätten, aber keine zentrale Gesetzgebung wollten!

Maler polemisiert gegen Thiele und die Regierung, die von Anfang an gegen die Revolution gewesen sei und auch jetzt noch sie zu erdrücken suche.

John meint, wenn Scheidemann und Ebert Charakter hätten, müßten sie ihre Aemter niedergelegt haben.

Chemnitz wünscht, erst möge doch die Magistratssache abgeschlossen werden, ehe die politische Seite erörtert werde.

Thiele stellt einen dahingehenden Antrag und bemerkt John sei wohl nicht kompetent für Beurteilung der Frage, was ein fester Charakter zu tun habe.

Darauf wird die Vereinbarung mit dem Magistrate ohne Widerspruch genehmigt.

Vertretung der Kriegsbeschädigten.

Nachdem der Arbeiterrat zweimal die selbständige Vertretung der Kriegsbeschädigten abgelehnt habe, haben letztere ihren Antrag erneuert und zugleich gefordert, Kilian solle seine beleidigenden Aeußerungen zurücknehmen.

Kilian bestreitet, solche Aeußerungen getan zu haben und befürchtet, wenn den Kriegsbeschädigten eine Vertretung im Arbeiterrate gewährt wäre, würden noch viele andere Vereinigungen dieselbe fordern.

Chemnitz tritt warm für den Antrag ein, da die Kriegsbeschädigten ein besonderes Anrecht auf Vertretung hätten und viele von ihnen nicht mehr in Betrieben tätig seien, so daß sie von der Wahl zum Arbeiterrate ausgeschlossen sind. Sie sehen der Zukunft mit Bangen entgegen, sind Fleisch und Blut von unserem Fleisch und Blut.

Thiele befürwortet ebenfalls den Antrag, da die Kriegsbeschädigten doch die am härtesten betroffenen Opfer des Krieges seien und keine andere Stelle zur Vertretung ihrer Wünsche hätten. — Auch Illgenstein wünscht die Annahme des Antrags.

Den Kriegsbeschädigten werden darauf mit 47 gegen etwa 6 Stimmen zwei Sitze im Arbeiterrate eingeräumt.

Die Schutzhaft des Redakteurs Helms.

Der Verlag der Saale-Zeitung hat um Entlassung des Redakteurs Helms aus der Schutzhaft gebeten.

John und Hein sind dagegen. Chemnitz betont, daß Helms' Auftreten den denkbar übelsten Eindruck gemacht habe. Aber wie lange solle er in Schutzhaft behalten werden? Er möge freigelassen werden, allerdings auf seine Gefahr hin.

Thiele will das unbegreifliche Verhalten Helms' nicht vom moralischen, sondern nur vom pathologischen Standpunkte aus betrachtet wissen. Der Mann habe offenbar bei seiner Schilderung seine fünf Sinne nicht beisammen gehabt. Das sei im Kriege keine seltene Erscheinung gewesen. Bedacht müsse auch werden daß der Belagerungszustand aufgehoben sei, also kein Recht bestehe, jemanden zu seinem eigenen Schutze in Schutzhaft zu nehmen.

Hein: Helms mag nur noch einige Tage in Haft bleiben, bis sich die Erregung gegen ihn gelegt hat.

Reiwand: Da Helms gemeingefährlich ist, hat die Polizei auch ohne Belagerungsgesetz das Recht, ihn in Haft zu nehmen. (Reiwand verwechselt hier die Begriffe Schutzhaft zum Schutze der eigenen Person mit der Haft zum Schutze anderer Personen.)

Der Arbeiterrat beschloß, gegen die Freilassung Helms' keinen Einspruch zu erheben, sondern dem Soldatenrate freie Hand zu lassen.

Handgranate in der Reilstraße.

Hinze berichtet, daß er am Dienstag nachmittag zufällig gerade dazu gekommen sei, als durch eine aus der Kaserne geworfene Handgranate ein Mann vor ihm und einer hinter ihm verwundet worden seien und frage, was mit dem Täter geschehen sei.

Jänecke teilt mit, der Täter sei ein Feldwebel gewesen, der geflohen sei; wahrscheinlich hinten über die Mauer. Weiteres sei noch nicht ermittelt.

Mißtrauensvotum gegen die Regierung.

Kilian: Die Regierung hat noch nichts in der Sozialisierung getan, sondern als die Bergleute um einen halbwegs ausreichenden Lohn streikten, hat die Regierung den Unternehmern gestattet, die Kohle um 70 Pfg. zu verteuern. Allerdings können auch die Unabhängigen dafür mitgestimmt haben. Zu einer solchen Regierung können wir kein Vertrauen haben. Sie ist antisozialistisch und kapitalistisch. Ihre Macht hat die Regierung nur durch die bürgerlich denkenden Elemente in den Soldatenräten. Die Regierung hat uns auch Geldmittel vorenthalten und auf Anfragen keinen Bescheid erteilt. Die hiesige Bahndirektion hat uns anfangs im Bahnhofe Räume verweigert, da sie selbst Polizei sei. Auch die neuesten Vorgänge in Berlin machen uns unmöglich, zur Regierung Vertrauen zu haben. Die Scheidemann-Regierung hat einem bürgerlichen Offizier Vollmacht erteilt, unsere Brüder am Marstalle niederzukartätschen. Sie hat mit der Gegenrevolution paktiert. Ich selbst will keinen Antrag auf Erteilung eines Mißtrauensvotum stellen.

Hein bringt den Antrag ein, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, da sie nicht für die Revolution, sondern gegen dieselbe gewirkt habe. Die Resolution lautet:

„Der Arbeiterrat zu Halle beschließt, daß er die Regierung Ebert-Scheidemann, da sie nicht ernsthaft für die Durchführung der Revolution bis zum Sozialismus wirkt, sondern die Gegenrevolution stützt und die wahrhaft revolutionären und sozialistisch gesinnten Kräfte der Arbeiterschaft mit Waffengewalt bekämpft, nicht mehr unterstützen kann."

(Vor Eintritt in die Debatte wird auf Antrag Schmidt beschlossen, für die Mitglieder des Arbeiterrats Ausweiskarten einzuführen und Anwesenheitslisten bei den Sitzungen auszulegen.)

Jungmann fragt, wie der Handelsminister dazu gekommen sei, gleich 70 Pfg. Kohlenverteuerung zu genehmigen.

Reiwand: Die Regierung zieht Truppen um Berlin zusammen. Wer gibt ihr das Recht dazu? Ob wir so in der Minderheit sind, wie Thiele meint, ist die Frage. Wenn die Aufklärung so fortschreitet, werden wir sehen, wo die Mehrheit ist.

Chemnitz: Es muß erst untersucht werden, ob das Mißtrauen berechtigt ist. Wegen der Sozialisierung können wir uns einigen. Leider hat die Kommission darüber noch keinen Bericht erstattet. Zur Sozialisierung muß es kommen, weil wir das Geld brauchen. Nicht dadurch wird die Revolution gefährdet, daß die Regierung noch nicht sozialisiert hat, sondern nur durch die Zerfleischung der Arbeiter unter sich. Hier müßten Verhandlungen zwischen allen drei Gruppen zur Verständigung angebahnt werden. Erst wenn die Regierung das nicht tut, ist unser Mißtrauen berechtigt. Wenn es so fortgeht wie jetzt, wird der Feind ins Land kommen und eine Regierung nach seinem Willen einsetzen. Dann ist die Revolution vernichtet und wir müßten hinterher von vorn anfangen. Darum wünsche ich Verhandlungen zwischen den drei Gruppen, da alle drei die soziale Revolution wollen.

Thiele: Die Kommission hat ihren Bericht erstattet. Er lautet dahin, daß die Sozialisierung mit größter Vorsicht vorzunehmen sei, solle sie nicht mehr schaden als nützen. Auch die drei unabhängigen Mitglieder, darunter Kautsky, haben so geurteilt. Haase, Dittmann und Barth sind dem Gutachten beigetreten. Ihr müßt also euren eigenen Leuten ein Mißtrauensvotum erteilen; die anderen von Kilian vorgebrachten Gründe sind allesamt so unbedeutend, daß sie keinesfalls zu einem Mißtrauensvotum berechtigen. Die Kohlengeschichte ist schon um deswillen ganz und gar verfehlt, weil die Reichsregierung damit gar nichts zu tun gehabt hat, sondern das vom preußischen Handelsministerium genehmigt worden ist, das von einem Unabhängigen und einem von uns geleitet wurde. Sagt doch offen heraus, daß ihr das Mißtrauensvotum nur darum aussprechen wollt, weil die Regierung jetzt endlich dem unerhörten Treiben in Berlin ein Ende machen und wieder erträgliche Verhältnisse schaffen will. Aber wie wäre es umgekehrt? Wenn ihr die Macht hättet und wir machten gegen euch Revolution, dann würdet ihr mindestens so scharf gegen uns vorgehen, wie jetzt gegen euch vorgegangen wird. Unsere Regierung ist in ihrer Nachgiebigkeit und ihrem Verständigungsbestreben fast über die Grenze des Möglichen gegangen. Es hat nichts genutzt. Nun setzt sie der Gewalt die Gewalt entgegen, weil ihr sie dazu gezwungen habt. Da ihr hier im Arbeiterrate die Mehrheit habt, werdet ihr das Mißtrauen beschließen. Das wird an der Sache nichts ändern. Ich aber erwarte klipp und klar Antwort auf die Frage: Wird der Arbeiterrat sich dazu hergeben, die Wahlen am 19. Januar zu stören oder gar zu verhindern?

Jänicke wendet sich gegen Thiele. Die Mehrheitssozialisten hätten sich bemüht, die Revolution zu verhindern, und jetzt suchen sie eine Mehrheit mit den bürgerlichen Parteien. Die Unabhängigen will man von der Regierung ausschließen, darum muß ein Teil unserer Forderungen schon jetzt erfüllt werden.

Osterburg bespricht in längeren Ausführungen die Entwickelung der Arbeiterbewegung. Die Mehrheitssozialisten sind auf dem Wege, zum bürgerlichen Radikalismus herabzusinken. Mit heftigen Angriffen auf die Regierung und deren Partei schließt Redner.

Kürbs bittet um Annahme der Resolution. Dieselbe wird darauf angenommen.

Schluß ¼10 Uhr.

Letzte Nachrichten.

Feindliche Drohung mit Abbruch der Verhandlungen.

Clemenceaus Blatt, der „Homme Libre", schreibt:

„Der Oberbefehlshaber erhielt den Auftrag der französischen Regierung, im Falle der Bildung einer bolschewistischen Regierung in Deutschland die weiteren Verhandlungen mit der deutschen Waffenstillstandskommission abzubrechen und die Waffenstillstandskommission aus den besetzten Gebieten zu entfernen."

Nach Informationen sind diese Drohungen sehr ernst zu nehmen. Anzeichen deuten darauf hin, daß von französischer Seite wahrscheinlich gar nicht einmal der völlige Sieg des Bolschewismus abgewartet, sondern irgend ein anderer Vorwand zum Abbruch der Verhandlungen gesucht und gefunden werden wird.

Eine Reuterdepesche vom Dienstag früh meldet:

Die Demobilisierung der alliierten Heere ist mit Rücksicht auf die Vorgänge in Deutschland vorübergehend unterbrochen worden. Die Alliierten haben dringend Verhandlungen aufgenommen, in welcher Weise die finanziellen und wirtschaftlichen Schadenersatzansprüche der Alliierten in Deutschland sicherzustellen sind.

Die Todesopfer.

Nach der „Post" sind in den letzten Tagen insgesamt einschließlich der an Wunden in Lazaretten, Krankenanstalten usw. gestorbenen Personen rund 80 Männer und Frauen erschossen und 45 verwundet worden. Diese Zahlen sind indes keineswegs erschöpfend.

Wie der „Verband für erste Hilfe" mitteilt, sind im Laufe des Montags 62 Personen, fast sämtlich Männer, nach den städtischen Rettungsstellen geschafft worden, um Notverbände zu erhalten. Darunter befanden sich 15 Schwerverwundete, die infolge der Explosion einer Handgranate in der Wilhelmstraße furchtbare Wunden davongetragen haben. Es waren zumeist Passanten, die um jene Zeit den genannten Straßenzug passierten. Auf der Unfallstation in der Eichhornstraße sind am Montag zehn schwerverwundete Männer behandelt worden. Tot wurde dort der Off.-Stellv. Gebhardt eingeliefert, der einen Brustschuß erhalten hatte.

Auch eine Schülerin der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums in Berlin, Frl. v. [illegible], wurde auf dem Nachhausewege in der Nähe der [illegible]straße durch eine abgeirrte Kugel getötet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190109-10/fragment/page=0003

Für unsere evangelische Kirche!

Die kirchlichen Körperschaften sämtlicher Kirchengemeinden und evangelischen Vereine der Stadt haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und laden die Gemeindeglieder ein zu

Kirchenversammlungen

in sämtlichen Kirchen der Stadt, einschl. Giebichenstein, Cröllwitz, Trotha und Diemitz

über die

Trennung von Kirche und Staat

am Sonntag, den 12. Januar, abends 6 Uhr.

Als Redner sind in Aussicht genommen:

Dom:	Stadtrat Dr. Martin, Bergrat Fabian, Geh. Rat Prof. D. Cornill.	Stephanus:	Geh. Stadtrat Dr. Bladermann, Geh. Rat Prof. D. Rüdiger, Dr. med. Jantzen.
Gnaden:	Geh. Stadtrat D. Dr. Fries, Oberbürgermeister Walter, Dir. Bauer.	St. Ulrich:	Stadtrat Baumeister Oppen, Geh. Rat Prof. D. Dr. Baufe, Dir. Gläßner.
Johannes:	Rechnungsrat Reinhardt, Fabrikbesitzer Dr. W. Schultze, Werkzeugmeister Kühne.	Cröllwitz:	Lehrer Schilbach, Prof. Dr. Holdefleiß, Schmiedemeister Schreiber.
Bauernstraße:	Rektor Göbke, Gymn.-Dir. Dr. Gräber, Geh. Rat Prof. D. v. Dobschütz.	Giebichenstein:	Baumeister Wolff, Geh. Rat Prof. D. Hauptleiter, Lehrer Rauschenbach.
Merseburger:	Landgerichtsdirektor Pause, Geh. Rat Prof. D. Dr. Feine, Gymn. Dir. Schmidt.	Trotha:	Stadtrat Hertel, Studienrat Dr. Riehm, Fortbildungsschuldirektor Otto.
Moritz:	Kaufmann Teuscher, Geh. Justizrat Elze, Lic. Schniewind.	Diemitz:	Assessor Haas, Oberlehrer Dr. Corts, Hyzeallehrer Trümpler.
Paulus:	Oberlehrer Dr. Wenzlau, Lehrer F. Sommer, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berg.		

Es gilt die Kirche als

Volkskirche

zu erhalten und neu zu gestalten. Daran fehle keiner, welcher Partei er auch angehöre, am 12. Januar in der Kirche seiner Gemeinde, dem Kirche und Christusglaube, dem die Zukunft unseres Volkes und unserer Kinder am Herzen liegt.

Die kirchliche Arbeitsgemeinschaft der Stadt Halle.

Elze. Hellwig. Josephson. Meinhof.

Ferner: Mittwoch, 15. Januar, abends 8 Uhr, Diasaale Vortrag von D. Lütgert. Freie Aussprache.
Freitag, 17. Januar, abends 8 Uhr in der Marktkirche gemeinsame Versammlung aus allen Gemeinden Geh. Justizrat Elze, Geh. Rat Prof. D. Baufe, Pastor Knoblauch.
Vorher sachlich eingereichte Anfragen werden von den Rednern gern beantwortet.

Stadt-Theater

Freitag, den 10. Jan. 1919, nachmittags 3½ Uhr:
Schneewittchen
Abds. 7½ Ende 10¼ Uhr:
Die weiße Dame.
Oper von Boïeldieu.
Sonnabend nachm.:
Schneewittchen
Sonnabend abend:
Sinfonie-Konzert.

Thalia-Theater.
Gastspiel
des Stadttheaters-Personals.
Sonntag, den 12. Januar 1919, abends 7½ Uhr:
Die vernünftige Jungfrau.
Lustspiel von Walter Harlan.

Zoo.
Heute abend 8 Uhr:
IV. Gesellschafts-Konzert
ausgeführt vom
Stadttheater-Orchester.
Eintrittspreis
für Nichtabonnenten 1 Mk.

Sozialistenmarsch, Marseillaise, Internationale u. a.
für Orchester, Klavier u. Chor
J. Günther Verlag
Dresden 10 [1844

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags **10** Uhr.

Stoffe, Seide, Gardinen u. Trikotagen
kaufen Sie sehr **preiswert** in dem **Parteiwarengeschäft**
G. Blitzig, Leipzigerstraße 103 I. Etage.

Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Vorsitzende: **Ebert, Scheidemann.**

Auf zur Flugblattverbreitung!

Am **Sonntag, den 12. Januar, vormittags 9 Uhr,** findet eine

Flugblattverbreitung

in Halle und dem Saalkreise statt. — Die Genossen und Freunde unserer Sache treffen sich in nachfolgenden Lokalen:
Für den Süden: **Restaurant z. Dorfklinger. Luther- und Merseburgerstr.**
Für das Zentrum: **Gewerkschaftshaus, Harz 42/44.**
Für den Norden: **Restaurant Emmer, Siedendorfstr.**

Saalkreis: Die Genossen, die dorthin gehen wollen, treffen sich um **9 Uhr im Wahlbüro, Gewerkschaftshaus, Harzer 12.**

W. G.!

Soll die Flugblattverbreitung gut und restlos vor sich gehen, so muß jeder Genosse und jede Genossin zur Stelle sein. Freunde unserer Sache sind mitzubringen und willkommen. Niemand denke auch ihn komme es nicht an. Auch die nicht wahlberechtigten Söhne und Töchter sind willkommen.

Keiner bleibe zurück! Auf zur Arbeit!

Die Wahlleitung.

Alte Sozialdemokr. Partei Deutschlands

Vorsitzende: **Ebert, Scheidemann.**

Wahlleitungen der Wahlen zur Nationalversammlung im Regierungsbezirk Merseburg:

Wahlkreis: Halle und Saalkreis.

Wahlleitung zu den Wahlen zur Nationalversammlung: **Emil Pinard.**
Wahlbureau: **Gewerkschaftshaus Halle,** Harz 42/44, Zimmer 12, 1. Etage. — Telephon 6900.

Wahlkreis: Merseburg-Querfurt.

Wahlleitung: **Paul Kämpf** und **Richard Spiegel.**
Wahlbureau: Lokal **„Alter Dessauer", Merseburg,** Dammstraße. Telephon 345.

Wahlkreis: Delitzsch-Bitterfeld.

Wahlleitung: **Richard Andrae,** Greppiner Straße 13.
Wahlbureau: **Bitterfeld,** Restaurant **Hohenzollern,** Telephon 384.

Wahlkreis: Wittenberg-Schweinitz.

Wahlleitung: **Willi Dahn.**
Wahlbureau: **Klein-Wittenberg, Gasthof „Zur Linde"** (Inh. Karl Krüger), Dessauer Straße 44. — Telephon 212.

Wahlkreis: Torgau-Liebenwerda.

Wahlleitung: **Otto Dietrich, Falkenberg** Bez. Halle. — Telephon 50.

Wahlkreis: Mansfelder Kreise.

Wahlleitung: **Albert Müller, Eisleben.**
Wahlbureau: **Wiesenhaus,** 1 Treppe, Telephon 560.

Wahlkreis: Sangerhausen-Eckartsberga.

Wahlleitung: **Willy Studt, Sangerhausen.**
Wahlbureau: **Sangerhausen, Gasthaus zum Kronprinz,** Hutteustr. 41. Telefon 279.

Wahlkreis: Zeitz-Weißenfels.

Wahlleitung: **Weißenfels, Franz Geppert,** Leipziger Straße 70.
Wahlbureau: **Hotel Goldener Hirsch,** Telephon 8.

Alle Auskünfte über die Wahl, das Abhalten von Versammlungen, Bestellung von Rednern werden dort erteilt.

Aufnahmen in die Partei werden entgegengenommen.

Agitationsmaterial kann bezogen werden.

Freiwillige Spenden zur Bestreitung der Wahlunkosten werden von den Wahlleitern entgegengenommen.

Sammelisten zur Bestreitung der Wahlunkosten können in den Bureaus bezogen werden.

Genossen, die sich zur Arbeit für die Wahl zur Verfügung stellen, wollen sich ebenfalls dort melden.

Der Bezirksvorstand und die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine im Regierungsbezirk Merseburg. (Alte Partei.)

Ich habe meine **ärztliche Tätigkeit** wieder aufgenommen.
Dr. med. Carl Voigt,
Spezialarzt für Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe.
Marktplatz 19 II. Fernsprecher 5697.
Sprechstunden: werktägl. vorm. 11—12, nachm 3—4,
Sonnabends nur vorm. 11—12 Uhr.

Ordentliche
Zeitungsträgerinnen
gesucht.
Verlag der Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27.

Galgenberg:
Perfekte Oberhemdenplätterin
stellt ein
Wäscherei
Galgenberg.

Die Glocke
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 50 Pf.
im Abonnement vierteljährlich 6.— Mk.,
empfiehlt die
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Eine große Auswahl beste jüngere und ältere schwere und leichtere
Acker- und Arbeitspferde
stehen bei billigen Preisen und günstigen Zahlungsbedingungen zum Verkauf
Töpferplan Nr. 3.

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Gummiwaren-
Handlung und
Versandhaus
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Verband Hallescher Frauenvereine.

Oeffentl. Frauenversammlung

(Nur für Frauen).
Mozartsaal, Freitag, den 10. Januar 8 Uhr
„Die politischen Parteien"
Oberlehrer Dr. Remus.
Eintritt frei! Eintritt frei!
Der Verband Hallescher Frauenvereine.

Oeffentliche Frauenversammlung.
Vortrag von Herrn Lic. Lehmann
„Die Trennung von Staat und Kirche"
im Gemeindehaus Albrechtstraße 27, abends 8½ Uhr, am Freitag, 10. Jan.
Eintritt frei.

Die öffentlichen Sprechstunden der
Univ. Poliklinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten,
Magdeburgerstr. 22 werden von jetzt an wieder täglich abgehalten und zwar einschließlich Sonnabend von 8—10 Uhr, an den übrigen Wochentagen von 8—11 Uhr.
Der Direktor der Klinik:
Prof. Dr. Denker,
Med.-Rat.

Ich habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.
Sprechzeit bis auf Weiteres werktags ½12—½1, Sonntags 8—9 Uhr.
Dr. med. Rettig, Arzt,
Bernhardystr. 30, Ecke Südstraße.
Fernsprecher 3555.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190109-10/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 7. Halle, Donnerstag, den 9. Januar 1919. 3. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 9. Januar 1919.

Einwohner von Halle!

In der am 7. Januar 1919 stattfindenden großen Soldatenratssitzung im Rathause erschien gegen 12 Uhr vormittags der politische Redakteur der „Saale-Zeitung", Helms aus Halle, und gab folgende Mitteilung über Vorfälle, die sich soeben im Redaktionsgebäude der „Saale-Zeitung" abgespielt haben sollten:

1. Vollständige Zerstörung und Verwüstung der Räume des Redaktionsgebäudes vom Dach bis zum Keller;
2. Plünderung der Räume und Vernichtung sämtlicher Rechnungsbücher, Akten usw.;
3. Ausschreitungen gegen das Personal der Redaktion;
4. Mißhandlung des Genossen Thiele. Helms betonte ausdrücklich, daß, während er hier diese Mitteilungen mache, Genosse Thiele wahrscheinlich schon tot sei.

Daraufhin beschloß der Große Soldatenrat, eine Kommission einzusetzen zum Zwecke der sofortigen Feststellung der Tatsachen, um entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Nach eingehender Untersuchung der in Frage kommenden Räumlichkeiten sowie Verhör der Berieger bezw. Redakteure der „Saale-Zeitung", ferner des Genossen Thiele, wurde von der beauftragten Kommission festgestellt:

Zu 1: Weder eine Scheibe noch irgendeine äußere oder innere Verwüstung und Beschädigung der Räumnichkeiten bezw. des Gebäudes, der Maschinen oder Geräte.

Zu 2: Weder Rechnungen, noch Bücher, Akten und sonstiges Material ist vernichtet, einzig und allein die demnächst zur Veröffentlichung gelangenden fertigen Flugblätter.

Zu 3: Weder Beschimpfung, noch irgendwelche Belästigung des Personals der „Saale-Zeitung".

Zu 4: Genosse Thiele ist weder beschimpft, noch irgendwie belästigt worden und befindet sich bei bester Gesundheit.

In Anbetracht der Gefährlichkeit eines solchen absichtlich betriebenen Lügenfeldzuges, der sich nur gegen die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats richtet, wurde vom Großen Soldatenrat beschlossen, den Redakteur Helms in Schutzhaft zu nehmen.

Die Untersuchungskommission des Soldatenrates:
Forchhandt, Meseberg, Müller, Rosenberg.
Der Soldatenrat.

Eine tolle Begriffsverwirrung.

Verbrecherischer Feldwebel wirft Handgranaten überschreibt das Volksblatt seinen Bericht über die Soldatendemonstration. Es ist Blut geflossen, natürlich sind für dieses Blutvergießen keinesfalls die Spartakusleute verantwortlich, sondern nur die, die nicht durch dick und dünn mit Spartkus gehen wollen.

Wir wissen nicht, ob ein Feldwebel oder ein anderer die Handgranate geworfen hat. Aber es sei so. Wir wollen durchaus nicht die Tat beschönigen, Aber wie lagen denn die tatsächlichen Verhältnisse, und zu welchem Schluß muß jeder objektiver Urteiler kommen? Kurz vor Schluß der am Montag stattgefundenen Soldatenratssitzung kam ein Soldat der Spartakusgruppe, der an dem Zwischenfall teilgenommen hatte und erstattete Bericht. Er teilte mit, daß sie nach der Reilstraße zogen, um die dort liegenden 36er zu entwaffnen. Diese sträubten sich aus begreiflichen Gründen, da gar kein Anlaß für ihre Entwaffnung vorlag, dagegen, es kam zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf eine Handgranate geworfen wurde. In der Sitzung des Soldatenrates wurde von sämtlichen Soldatenräten sofort festgestellt: Wer gab euch das Recht und den Auftrag, die 36er entwaffnen zu wollen, und was für stichhaltige Gründe lagen vor, um ein solches Vorgehen zu rechtfertigen. Und hier wurde festgestellt, daß keinerlei Grund zu diesem Vorgehen vorlag, und daß das Blut, das geflossen ist, einzig und allein auf die kommt, die die Entwaffnung vornehmen wollten — auf Spartakus.

Evangelische Forderungen.

Auch der Evangelisch-Soziale Preßverband für die Provinz Sachsen hat an die im Wahlkampf stehenden Parteien Forderungen gerichtet und will von deren Erfüllung seine Stellungnahme zu den Parteien abhängig machen. Er fordert

1. ausreichende Frist für ruhige, schonende Ueberleitung in eine neue Kirchenverfassung, soweit erforderlich;
2. Erfüllung der rechtlichen finanziellen Verpflichtungen des Staates für das Kirchenwesen;
3. Sicherung des kirchlichen Vermögens und Erhaltung des steuerlichen Charakters der Kirchenabgaben in irgendeiner Form;
4. Schutz der Sonn- und Feiertagsheiligung;
5. Erhaltung des Religionsunterrichtes in der Schule;
6. Erhaltung der theologischen Fakultäten an den Hochschulen.

Welche Frist zur Ueberleitung in eine neue „Kirchenverfassung" gewährt werden wird, liegt bei der Nationalversammlung. Eine staatliche Kirchenverfassung wird es nicht geben. Finanzielle Verpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche werden aufgehoben werden. Die Kirchenabgaben werden in keiner Weise mehr den Charakter staatlicher Abgaben tragen. Die Kirchenvermögen werden keinerlei Sonderrechte genießen. Die Sonn- und Feiertage werden nicht aus kirchlichen, sondern aus sanitären Gründen beibehalten. Aenderungen in den Feiertagen bleiben vorbehalten, wie namentlich Ostern und damit auch Pfingsten festzulegen sind. Als Lehrgegenstand hat der Religionsunterricht auf dem Lehrplan der Schulen keinen Platz mehr. Theologische Fakultäten werden im bisherigen Sinne nicht bestehen bleiben können, da der Staat von der Kirche getrennt wird und Religionsgeschichte pp. nur noch Teile der philosophischen Disziplinen bilden werden.

* **Frauenversammlung in Halle.** Eine sehr stark besuchte Frauenversammlung der alten sozialdemokratischen Partei fand am Dienstag abend im Goldenen Hirsch statt. Schwester Rühland-Dürrenberg sprach über die Stellung der Frau zur Nationalversammlung. Rednerin führte aus, daß am 9. November die Revolution altbergebrachte Formen und Rechte zerbrach. Die erste Amtshandlung der sozialdemokratischen Regierung war die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen. Bebel sei immer warm für die politischen Rechte der Frau eingetreten. Die Mitarbeit der Frau bedeute frische Blutzufuhr für das politische Leben. Nicht gegen den Mann wolle die Frau kämpfen, sondern mit ihm. Die Männer hätten die Verpflichtung, die Frau zum Mitkämpfer zu erziehen. Rednerin kommt auf die glänzenden Leistungen der Frauen in Industrie und im Haushalt während des langen Krieges zu sprechen. Rednerin kommt auf den Gesundheitszustand der Frau zu sprechen. Ebenso werfe die Selbstmordstatistik ein grelles Schlaglicht auf die Leiden, die die Frauen während des Krieges zu ertragen hatten. Die Gesetzentwürfe zur Förderung der Geburten seien ja durch die Revolution in der Versenkung verschwunden, aus der sie nicht mehr wiederkehren würden. Der Konkurrenzkampf zwischen Mann und Frau bringe die Frauen besonders in gebildeten Kreisen in scharfen Gegensatz zum Manne. Millionen Frauen sind gezwungen, mit dem Manne in Wettbewerb zu treten. Sie würden gern zu Hause bleiben, aber die sozialen Verhältnisse sind so geworden, daß der Kampf ums Dasein die Frau aus dem Hause treibt. Wo bleibt da das soviel gepriesene Familienglück? Der Kapitalismus hat es rücksichtslos zerstört. Hier sei der Frau ein reiches Arbeitsgebiet in der Nationalversammlung gegeben. Wem gibt die Frau nun ihre Stimme? Die Frau soll entscheiden, ob es in Zukunft eine sozialistische oder kapitalistische Republik in Deutschland geben soll. Soll es wieder Kriege geben, oder soll eine sozialistische Gesellschaft entstehen, die Kriege verhütet? Damit sei die Frage entschieden. Jede Stimme dem Sozialismus. Die Frau zerkört nicht, sie baut auf. (Stürmischer Beifall.) Im sozialistischen Staat wird die Frau mit zum Aufbau des Staates herangezogen. Die sozialdemokratische Partei hat schon früher die Frau zur Mitarbeit und Beratung herangezogen. Nachdem Rednerin noch die Hauptpunkte des Erfurter Programms erörtert und die nächsten Forderungen der Sozialdemokratischen Partei dargelegt hatte, forderte sie auf, nur der Liste Thiele am 19. Januar ihre Stimme zu geben und dadurch den Aufbau der sozialistischen Republik zu fördern. Stürmischer Beifall wurde der Rednerin zuteil. Nach einem kernigen Schlußwort des Leiters fand die von gutem Geist beseelte Versammlung ihr Ende.

* **Der Verband Hallischer Frauenvereine,** der sich die parteipolitische Aufklärung der Frauen zur Aufgabe gesetzt hat, will am Donnerstag, den 9. Januar 1919, 8 Uhr in den Thaliasälen den Frauen und Mädchen Halles Gelegenheit geben, die vier großen Parteien der Gegenwart kennen zu lernen. Näheres siehe Anzeige.

* **Im Feldpostverkehr nach dem Ostheer** sind neue Beschränkungen eingetreten. Es sind nur noch zulässig: für die Truppen im Bereiche der Heeresgruppe Kiew (Ukraine einschließlich Gebiet der Etappeninspektion Bug) amtliche gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten, sowie in Privatangelegenheiten: gewöhnliche Briefe und Zeitungen bis 50 Gramm Gewicht und Postkarten: Es wird dringend empfohlen, in den Aufschriften außer dem Zusatz „Osten" künftig auch noch das Land (Kurland, Litauen, Ukraine usw.) anzugeben.

* **Schnellzugsbenutzung durch Kriegsbeschädigte.** Weite Reisen Kriegsbeschädigter zum Zwecke militärärztlicher Untersuchung sind möglichst zu vermeiden. Ist dies nach der Art der Untersuchung nicht angängig, so kann bei Entfernung von mehr als 100 Kilometern Schnellzugsbenutzung gestattet werden, ebenso den aus den Lazaretten entlassenen Genesenden bei Entfernungen über 300 Kilometer.

* **Streik des hallenschen Sanitätspersonals.** Das gesamte hiesige Sanitätspersonal, Aerzte und Pfleger, sind wegen der Forderung, die Rangabzeichen abzulegen, heute morgen in Streik getreten.

* **Die Gasversorgung.** Die während des Krieges in immer steigendem Maße aufgetretenen Schwierigkeiten in der ordnungsmäßigen Gasversorgung, hervorgerufen durch die in jeder Hinsicht unzulängliche Versorgung des Gaswerkes mit geeigneter Kohle in Verbindung mit dem Mangel an fachlich vorgebildeten Arbeitskräften, haben zu einer begreiflichen Verstimmung gegen die Verwendung von Gas — insbesondere zu Beleuchtungszwecken — geführt. Nachdem nunmehr durch die Rückkehr der zum Heeresdienst eingezogenen, eingearbeiteten Kräfte aus dem Felde ein Teil dieser Schwierigkeiten behoben ist, stellt sich die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke ihren Gasabnehmern in weitgehendem Maße zur Verfügung, um helfend einzugreifen, wo die Störungen in den Anschlußleitungen vermutet werden. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß die Druckverhältnisse — mit Ausnahme während der Sperrzeiten — durchaus normale sind und der Heizwert jetzt nach Möglichkeit annähernd auf Friedensstand gehalten wird. Mängel in der Gasversorgung können also nur auf lokale Störungen zurückgeführt werden. Es wird gebeten, derartige Meldungen möglichst schriftlich an die Verwaltung zu richten, ihre Erledigung erfolgt grundsätzlich in der Reihenfolge des Eingangs.

* **Die Fürsorgestelle für Lungenkranke.** Salzgrafenstraße 1, hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, Lungenkranke unentgeltlich zu untersuchen und über die Maßnahmen aufzuklären, die zu ihrer Genesung und zur Bekämpfung der Tuberkulose im allgemeinen dienen können. Sie gibt den Kranken Verhaltungsmaßregeln und sucht die Angehörigen vor Ansteckung zu schützen. Die Fürsorgestelle übernimmt nicht die ärztliche Behandlung der Kranken, sondern sucht ihre Ziele vielmehr zu erreichen durch 1. frühzeitige Ermittelung der Lungenkranken, 2. ärztliche Untersuchung des Kranken und seiner Angehörigen, 3. Aufklärung der Familien, 4. Vermittlung eines Heilverfahrens für heilbare Lungenkranke und Fürsorge für bedrohte Angehörige, 5. Beseitigung der gefährlichsten Entstehungsherde (Trennung des Kranken, Entseuchung der Wohnung und Kleidung), 6. Unterstützung der Angehörigen solcher Lungenkranker, die sich in Heilstätten befinden. Besonders sei hervorgehoben, daß die Fürsorgestelle auch den Angehörigen des Mittelstandes zur Verfügung steht. Sprechstunden täglich 3—4 Uhr nachmittags.

* **Bezugsscheine für Eisenbahn-Angestellte.** Für Eisenbahn-Angestellte haben die Bezugsscheinstellen ohne Bestandsprüfung einen Bezugsschein auf Berufskleidung zu erteilen, wenn der Antragsteller eine amtliche Bescheinigung der für ihn zuständigen Eisenbahn-Verwaltungsstelle angibt, daß der Gegenstand als Dienstkleidung dringend benötigt wird und von der Eisenbahnverwaltung aus ihr von der Reichsbekleidungsstelle zugewiesenen Beständen geliefert werden soll.

* **Die Krieger-Sanitätskolonne Halle-Cröllwitz** beginnt am Freitag, den 10. Januar 1919, abends 8½ Uhr im Uebungslokal Paroschenke mit einem neuen Kursus. Durch ärztliche Vorträge und sachgemäße Uebungen in der Anleaung der verschiedenen Verbände werden die Teilnehmer sorgfältig ausgebildet, um bei plötzlichen Unglücksfällen die erste Hilfe leisten zu können. Anmeldungen können am oben genannten Tage im Uebungslokal bewirkt werden.

Vom 1. bis 31. Dezember v. J. gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 30. November v. J.: 85 400 360,92 Mk. gegen 64 430 174,99 Mk. im Vorjahre, Einzahlungen vom 1. bis 31. Dezember: 5 523 529,65 Mk. gegen 4 110 896,54 Mk. im Vorjahre, zusammen: 90 923 890,57 Mk. gegen 68 541 071,53 Mk. im Vorjahre; Rückzahlungen vom 1. bis 31. Dezember: 3 371 815,55 Mk. gegen 1 859 036,78 Mk. im Vorjahre; Bestand am 31. Dezember 87 552 074,82 Mk. gegen 66 682 034,75 Mk. im Vorjahre.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Freitag für die Lebensmittelscheine 67 001—69 800 vormittags von 8—12 Uhr und 69 801—74 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person ein Ei.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag auf Abschnitt 8 bei dem Milchhändler Brockhaus, Ludwigstr. 26, Milchhändler Bergholz, Weißenburg Straße 12, Milchhändlerin Stein, Spitze 8 und Milchhändlerin Berger, Vollmannstr. 3a. Auf jeden Abschnitt ½ Pfund.

Städtischer Verkauf von Käse am Freitag in der Talamtschule für die Lebensmittelscheine 8001—9500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und 9501—12 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person 50 Gramm zum Preise von 20 Pfg.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, gelangt Björnsons Schauspiel „Ueber unsere Kraft", 2. Teil, erstmalig zur Aufführung. Freitag „Die weiße Dame", Oper von Boieldieu. Sonntag abend wird die komische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" zum ersten Male wiederholt. Am Freitag, Sonnabend und Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, geht das Märchen „Schneewittchen" in Szene. Am Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 Uhr, findet das 3. Sinfonie-Konzert des Stadttheaters in dieser Spielzeit unter Leitung von Paul Graener statt. Die Solistin des Abends, Hertha Dehmlow, bringt Lieder von Franz Schubert und Paul Graener zum Vortrag. An Orchestermerken sind die Ouvertüre zu „Rosamunde" und die unvollendete Sinfonie von Franz Schubert, ferner „Till Eulenspiegels lustige Streiche" von Richard Strauß vorgesehen. Paul Graener ist gestern in Halle eingetroffen um die weiteren Proben persönlich zu leiten.

Im Thaliatheater gelangt als Gastspiel des Stadttheaterpersonals am Sonntag, den 12. Januar, abends 7½ Uhr, Walter Harlans Lustspiel „Die vorsichtige Jungfrau" unter der Spielleitung von Oberspielleiter Theo Modes zur Aufführung.

Die Vereinslazarettzüge O 1 und Y 1 der Stadt Halle.

Von Emil Abderhalden.

Im Herbst 1914 haben die Bürger der Stadt Halle die Mittel zur Erstellung von zwei Vereinslazarettzügen zur Verfügung gestellt. Beide Züge haben zusammen 160 Fahrten zurückgelegt. Sie haben während der ganzen Zeit sich außerordentlich bewährt. Es sind im ganzen rund 40 000 Verwundete und kranke Krieger nach der Heimat gebracht worden. Während in der ersten Zeit die Aerzte, Pfleger, Schwestern usw. aus Halle stammten und innige Beziehungen zu dieser Stadt vorhanden waren, wurden diese durch die Einberufung der meisten Pfleger zum Heeresdienst mehr und mehr gelockert. An Stelle der Hallenser Chefärzte Dr. Kohlhardt und Dr. Flemming traten bald Militärärzte. Auch kamen belbe Züge selten nach Halle, so daß die Einwohnerschaft von Halle wenig mehr von ihren Zügen gehört hat. Um so mehr wird es sie freuen, daß trotz der größten Schwierigkeiten die beiden Züge durchgehalten werden konnten. Die Ausgaben in beiden Zügen haben während der ganzen Dauer ihrer Fahrten rund 750 000 Mk. betragen. Die Beköstigung der Zuginsassen und die Besoldung der Chefärzte und des Pflegepersonals sind von der Militärindentantur getragen worden. Dagegen mußte aus dem Stiftungskapital das ganze Personal eingekleidet werden. Ferner mußten die Hilfsärzte und die Rechnungsführer besoldet werden. Dazu kamen die Reparaturen des Zuginventars und der Ersatz der unbrauchbar gewordenen Gegenstände. Die beiden Rechnungsführer, Herr Kaufmann Hünecke aus Halle und Herr Steinicke aus Magdeburg, verdienen für ihre aufopfernde Tätigkeit den größten Dank.

In diesen Tagen sind die beiden Züge vollständig abgerüstet worden. Das Zuginventar wurde den hiesigen Kliniken und Krankenhäusern zur Verfügung gestellt. Die verbleibenden Mittel sind dem Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft für seine zahlreichen Hallenser Bürgern zugute kommenden Unternehmungen überwiesen worden. Den Bürgern der Stadt Halle und dem Magistrat sei auch an dieser Stelle für die Unterstützung der beiden Züge herzlichst gedankt.

Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen

hat nach längerer Kriegspause seine regelmäßige Tätigkeit wieder aufgenommen. 1. Vorsitzender ist Prof. Dr. Pringsheim. Zum Geschäftsführer wurde Dr. Curt Schlüter gewählt. Die Hauptversammlung bot außer wichtigen geschäftlichen Punkten auch einen interessanten Vortrag. Prof. Dr. Pringsheim sprach an der Hand vorzüglicher eigener Lichtbilder (z. T. Autochrome) über Die Pflanze und das Licht. Er betonte zunächst, daß die Pflanze in ihrer Ernährung vom Lichte abhängt und daß sich daraus ihr Bau erklärt. Sie allein vermag die Lichtenergie auszunutzen, die sie zur Herstellung von Bau- und Nahrungsstoffen verwertet. Im Dunkeln strebt sie durch Verlängerung ihres Stengels das Licht zu erreichen. Mannigfache Einrichtungen dienen dazu, den Boden zu durchbrechen. Darauf neigen sich die Stengel dem Lichte zu und stellen die Blätter so ein, daß sie möglichst günstige Beleuchtung gewinnen. Im Waldesschatten können nur wenige grüne Pflanzen gedeihen. Daher sehen wir dort nur im Frühjahr einen bunten Blütenteppich, während Schlingpflanzen in die Baumkronen emporklimmen, um günstige Beleuchtung zu erlangen. Auch auf die Gestalt der Bäume hat das Licht Einfluß, so daß sie im dichten Bestande anders aussehen als vereinzelt auf sonniger Fläche. Eine Abhängigkeit vom Lichte sehen wir auch bei anderen Organismen, soweit sie grün sind, während Bakterien durch das Licht geschädigt werden.

Die Zigarrenköpfchen-Sammler

hielten ihre Weihnachtsfeier in der Kaiser-Wilhelmshalle ab. Es konnten 82 Kinder an der Bescherung teilnehmen. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden Kaufmann Reinhold Aßmann erfreute der Stadtsingechor die zahlreiche Festversammlung wieder mit vier Weihnachtsliedern. Magistratssekretär Henn gab den Rechnungsabschluß bekannt: Ausgaben 2448,40 Mark, Einnahmen 2120,20 Mark, Fehlbetrag 328,20 Mark, der noch zu decken ist.

Aus der Provinz.

Weißenfels. Die Mitglieder der alten sozialdemokratischen Partei (Richtung Ebert-Scheidemann) hielten am 30. Dezember, abends 7 Uhr, im Gasthof „Roter Löwe" hier, eine Mitgliederversammlung ab, die auch von Gästen zahlreich besucht war. Es wurde zunächst der Vorstand neu gewählt. Dann sprach der Genosse Kiesel über „Um die Nationalversammlung". Die Versammlung stellte sich einheitlich auf den Standpunkt, daß die Nationalversammlung angesichts unserer ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zur Notwendigkeit geworden sei. Genosse Kalbfleisch wies, wie das auch bereits durch Kiesel geschehen war, darauf hin, daß es der Ernst der Zeit und insbesondere die Wahlen erforderten, daß wir aus unserer Reserve herausträten, und öffentlich für unsere Partei und deren Stellung, besonders auch während der Revolution, eintreten um für unsere Partei zu werben. Er legte der Versammlung eine Entschließung vor, die einstimmig Annahme fand und u. a. wie folgt lautet:

„Die heutige Mitgliederversammlung steht auf dem Standpunkt, daß die Errungenschaften der Revolution soweit als nur irgend möglich dem gesamten Volke und insbesondere dem Proletariat nutzbar gemacht werden müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist notwendig, daß das Proletariat in altererster Linie unter sich einig und geschlossen steht. Das ist nicht der Fall! Die früher einig und geschlossen daitebende Sozialdemokratische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190109-10/fragment/page=0005

Partei steht in dieser großen Weltenwende gespalten, die Kräfte werden teilweise im Bruderkampfe verbraucht, und die in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit aufgebaute Organisation zur Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitalismus, zur Erlangung voller Menschenrechte für alle, der der Ausdruck: Demokratie! als Heilslitum galt — diese Organisation scheint in dem Augenblick zu versagen, wo es gilt, ihre eigenen Geschicke in die eigene Hand nehmen zu können. Die Sozialdemokratie ist gespalten oder Abhängige und Unabhängige. Die alte sozialdemokratische Partei, heute mit Unrecht „Abhängige" bezeichnet, steht nach wie vor auf dem Standpunkt, die Erfüllung ihrer Forderungen auf gesetzmäßigem Wege zu erreichen, wobei die Demokratie gewahrt werden soll. Ein Teil der Unabhängigen wird diesen Weg mitgehen, während der andere Teil und die Untergruppen (Spartakusgruppe usw.) zweierlei Demokratie unterscheiden. Wir, die wir zur alten sozialdemokratischen Partei gehören, sind der Ansicht, daß es ein Gebot der Stunde und der höchsten Pflichterfüllung ist, offen auszusprechen, wie man zur Sache steht. Die Einberufung der Nationalversammlung, deren Wahl auf dem 19. Januar festgesetzt ist, halten wir für unbedingt notwendig und erforderlich. Die Nationalversammlung hat die Aufgabe, dem neuen jungen Volksstaate das Fundament für seinen Aufbau und zu seiner weiteren Gestaltung zu geben, die sozialistische Republik zu begründen, die erlassenen Gesetze zu bestätigen und neue zu erlassen, d. h. neuem Recht und der Gesetzmäßigkeit wieder bei uns Einzug halten zu lassen. Die Nationalversammlung ist die Vorbedingung zur Erlangung des Friedens und für die Sicherstellung der Ernährung. Der Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung wird in allererster Linie von dem Verhalten und der Stellung der Parteien abhängen; denn letzten Endes entscheiden darüber die Wähler selbst. Was uns von den Unabhängigen, die mit uns auf gesetzmäßigem Wege das Ziel erreichen wollen, die also die Spartakusgruppe ablehnen, trennt, sind rein taktische Fragen. Einer Wahlverbindung mit diesen bei den Wahlen zur Nationalversammlung könnte dem Ausfall der Wahlen in unserem Sinne nur förderlich sein. Im Uebrigen bleibt die Selbständigkeit, d. h. die Verfechtung der Parteimeinung selbstverständlich gewahrt. Dabei sind wir der festen Ueberzeugung, daß je sachlicher der Kampf geführt wird, um so erfolgreicher wird er ausfallen. Angesichts der großen Wichtigkeit der Nationalversammlung wird von jedem Einzelnen erwartet, alles was in seinen Kräften steht, zu tun, um den Ausfall der Wahlen für die Sozialdemokratie zu begünstigen."

In der Diskussion sprach auch der Genosse Hieß, der sich mit voller Entschiedenheit auf den Standpunkt der alten Partei stellt. Ferner sprach der Genosse Geppert als Wahlleiter über die Partei- und wahltechnische Fragen. Das Bureau befindet sich im Hotel „Goldener Hirsch", hier, und steht zu allen Fragen, die die Partei, die Wahlen, Presse usw. betreffen, zu jedermanns Verfügung. Es wurden dann noch eine Anzahl neue Mitglieder aufgenommen und Abonnenten für die „Volksstimme" gewonnen. — Eine Tellersammlung zugunsten der Wahlbewegung ergab den Betrag von 28,75 Mark. Von dem Verlauf dieser Versammlung kann man äußerst zufrieden sein. In nächster Mitgliederversammlung soll die Frage der Sozialisierung behandelt werden. Auch zu dieser Versammlung, zu der noch öffentlich eingeladen wird, sind selbverständlich Gäste willkommen.

Stolberg. Mitgliederversammlung. Der hierselbst von den Genossen Apotz und Hoffmann ins Leben gerufene Sozialdemokratische Wahlverein, welcher schon eine den Ortsverhältnissen entsprechend starke Mitgliederzahl aufweist, hielt am 4. Januar 1919 im Restaurant Prinzler hier seine erste Monatsversammlung ab. Dieselbe war recht zahlreich besucht, ein kleiner Beweis, welch hohes Interesse auch hierorts der kommenden Wahl zur Nationalversammlung entgegengebracht wird. Genosse Apotz gab seiner Freude über das rege Interesse Ausdruck. Seine längeren Ausführungen gipfelten in dem Hinweis auf Wahl und Bedeutung der Nationalversammlung. Anschließend erörterte er noch verschiedene Angelegenheiten und Fragen des hiesigen Arbeiterrates, welche sehr reges Interesse auslösten und nahm diesbezügliche Anfragen und Wünsche entgegen. Genosse Hoffmann richtete die Mahnung an alle, sich jeder den Anstand und guten Sitten zuwiderlaufenden Handlung zu enthalten, Ruhe und Ordnung in dieser bitter ernsten Zeit zu wahren, um zu beweisen, daß auch in den sogenannten unteren Volksschichten stramme Selbstdisziplin herrscht. Seine Ausführungen ernteten Beifall.

Großröhren. Tragischer Unfall. Der 14jährige Sohn des Kaufmanns Richter wollte seiner Mutter die Handhabung eines Militärgewehrs zeigen. Dabei entlud sich dieses und traf die Mutter so schwer, daß sie auf der Fahrt nach dem Krankenhause in Herzberg ihrer Verwundung erlag.

Wahlversammlungen.

Hohenleipisch.

Am Sonntag, den 5. d. Mts. nachmittags 2 Uhr fand in Hohenleipisch in der Weinkrause eine öffentliche Wählerversammlung statt. Ueber 500 Männer und Frauen waren erschienen. Genosse Pikard referierte über Sozialdemokratie und Nationalversammlung. Er betonte insbesondere, daß die alte Partei das deutsche Volk in schweren Stunden nicht im Stich gelassen hat und nur dem Volke die Kriegskredite bewilligt hat. Ebenso würde sich die Regierung mit allen Mitteln gegen die Versuche wenden, die Nationalversammlung zu sprengen resp. die Regierungsgeschäfte lahm zu legen. Die alte Partei stelle am 19. Januar die Vertrauensfrage an das deutsche Volk, darum müsse jeder freiheitlich denkende Volksgenosse von Hohenleipisch für die alte Partei (Liste Thieel) stimmen. Reicher Beifall lohnte den Redner. In der Diskussion versuchte Genosse Töpfer von den Unabhängigen, für seine Partei eine Lanze zu brechen. Von unserer Partei sprach Genosse Gründlich, der die Vorwürfe Töpfers gegen die Mehrheitssozialisten zerpflückte. Im Schlußwort ging der Referent auch auf die Ausführungen Töpfers ein und kam zu dem Schlusse, daß Töpfer seinen Ausführungen nach zur Spartakusgruppe gehöre. Da Töpfer auch ermähnte, daß die alte Partei keinen gemeinsamen Wahlkampf gewollt habe, so bewies der Referent an der Hand der gewechselten Briefe zwischen der Leitung der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten, daß die Unabhängigen keine Verständigung wünschen. Töpfer erbat dann das Wort zur persönlichen Bemerkung. Hierbei wurde er so ausfallend, daß die Versammlung aufs heftigste dagegen protestierte, so daß Töpfer seine Ausführung abbrechen mußte. Mit einem begeisterten Schlußwort beendete Genosse Dieterich die Versammlung, die uns neben der Stärkung des Wahlfonds Parteimitglieder und Leser der Volksstimme gebracht hat.

Eisleben.

Am Sonnabend, den 4. Januar fand hier im Wiesenhaus eine von nahezu 1000 Frauen und Männern besuchte Frauenversammlung statt. Unsere Genossin Schwester Rühland-Dürrenberg sprach über das Thema „Die Frau in Deutschlands Schicksalsstunde". In über 1½ stündigen Ausführungen legte die Referentin der aufmerksam folgenden Zuhörerschaft die Bedeutung des Wahlrechts für die Frau und damit ihren Einfluß auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet dar. Ihr Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der folgenden Diskussion meldete sich Herr Otto Morgenstern. Derselbe sprach sich auch im Sinne der Rednerin aus und forderte und wies darauf hin, daß wir unter allen Umständen eine sozialistische Republik erstreben müßten. Die so recht dem Ernst der Zeit angepaßte Versammlung wurde darauf um 10½ Uhr vom Vorsitzenden mit dem Hinweise auf die Notwendigkeit, die Volksstimme zu lesen sowie Mitglied bei der Partei zu werden, geschlossen. Wir konnten 20 Volksstimmeabonnenten gewinnen sowie auch über 30 Beschwerden auf die Gleichheit entgegennehmen.

Wittenberg.

Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 2 Uhr fand im Volksgarten Wittenberg eine von der alten sozialdemokratischen Parteirichtung Ebert-Scheidemann einberufene, bis auf den letzten Platz gefüllte Frauen- und Volksversammlung statt. Kurz vor Eintritt in die Tagesordnung wurden von den U. S. P.-Leuten Rufe wie Schiebung laut. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurden die fanatisierten Schreier in die Schranken gewiesen. Nun konnte die Referentin, Genossin Lida Rühland-Dürrenberg, ihr Referat ungehindert halten. Sie sprach über Deutschlands Frau in der Schicksalsstunde, ihre feindurchdachten und formvollendeten rein sachlichen Ausführungen wurden mit beispielloser Aufmerksamkeit verfolgt und fanden stürmischen Beifall. Der moralische Erfolg war unbestreitbar auf unserer Seite. Von zwei Diskussionsrednern wurden die Ausführungen unterstrichen. Von den U. S. P.-Schreiern wagte niemand unter dem Eindruck dieser wunderbaren Ausführungen in die Diskussion einzugreifen.

Unter diesen Bedingungen fand die Versammlung im Volksheim Piesterfitz 8 Uhr abends statt. Hier hatten die U. S. P.-Schreier den besseren Teil der Tapferkeit vorgezogen — und verschwanden sang- und klanglos. Es meldeten sich erst kürzlich aufgenommene Genossen zur tatkräftigen Mitarbeit.

Pratau.

Sonnabend, den 5. Januar, abends 7 Uhr fand im Saale des Herrn Gasthausbesitzer Gödecke hier eine öffentliche Volks- und Frauenversammlung statt. Genossin Frau Scheibenhuber-Lichtenberg erledigte ihr Referat in jeder treffenden Ausführungen und fand guten Beifall. Zur Diskussion meldete sich der Ortsgeistliche und erklärte sich mit vielem einverstanden. Ergebnis mehrere Aufnahmen für die Partei und Abonnements auf die Volksstimme.

Kreis Sangerhausen-Eckartsberga.

Aeußerst zahlreich besuchte und gut verlaufene Versammlungen fanden am Sonntag in unserem Wahlkreise statt. Genosse Studt sprach am Nachmittag in Berga über Sozialdemokratie, Nationalversammlung und Frieden. Die zahlreich anwesenden Mitglieder und Freunde der Unabhängigen erhoben gegen die Ausführungen unseres Redners, der sich aller Angriffe auf die Bruderpartei enthielt, keinen Widerspruch, sondern versicherten uns, daß sie die Spaltung in der Partei lebhaft bedauern und lebhaft die Einigung, wenn nötig über die Köpfe widerspenstiger Führer hinweg, anstreben.

Am Abend fand dann eine glänzend verlaufene Versammlung in Kohla im Kyffhäuserhotel statt, mit demselben Thema und Redner. In der Debatte meldeten sich einige Herren aus dem bürgerlichen Lager zum Wort, unter anderem auch der Kämmerer „Seiner fürstlichen Durchlaucht" des Fürsten von Stolberg-Rossla, Herr Rock, der den Untergang der deutschen Kaiserherrlichkeit, will sagen des konservativen Junkerregiments, bedauerte. Genosse Studt führte die Gegner trefflich ab und trat insbesondere Herrn Rock, sich mit seinem durchlauchtigsten Herrn sich dem Kaiser Rotbart im Kyffhäuser zuzugesellen und den deutschen Kaiserraum dort weiterzuträumen. Auch hier war der Erfolg auf unserer Seite. Eine Anzahl Genossen, die bisher bei den Unabhängigen organisiert waren, erklärten sich zum Uebertritt bereit.

Am Montag abend fand dann in Wallhausen, im Gambrinus eine ebenfalls überfüllte Versammlung statt. Referent Genosse Studt, der über dasselbe Thema wie tags zuvor in Berga und Rohla sprach. Hier traten zwei Anhänger der Unabhängigen auf, die jedoch recht sachlich sprachen, gegen die Ausführungen unseres Redners nichts einzuwenden hatten und auch Worte des Bedauerns über die Spaltung fanden.

Es geht wieder vorwärts, auch in unserem Kreise.

Aus dem Reiche.

Altenburg. Des einen Leid, des andern Freud. Große Freude wurde den Insassen des Kinderhospitals und der Kleinkinder-Amalienschule zuteil. In einem Dorfe des altenburgischen Westkreises wurden nämlich an die 50 Kuchen und Stollen, 3 Zentner weißes Mehl und größere Mengen Grieß, 120 Pfund Roggen und einige Schafe und Schweine, die nicht angemeldet waren, beschlagnahmt. Ein Teil der Backwaren und das Mehl kam nach Eisenberg ins Krankenhaus. Die Stollen und Kuchen, denen es nicht an Butter fehlte, wurden den obengenannten Altenburger Anstalten zugewiesen.

Die Volksschule im neuen Volksstaate.

Von Joh. Bewert.

Das System der Schlachten, in denen die Kanonen das große Wort führten, ist zusammengebrochen. Um auf dem Trümmerfelde den Neufbau des Staates zu ermöglichen, müssen Riesenschlachten auf ganz anderen Gebieten, nämlich auf den Schlachtfeldern der Arbeit, der Industrie und Volkswirtschaft geschlagen werden, und zwar nicht durch wenige Privilegierte, die nach dem Muster des alten Klassenstaates von frühester Jugend an und unter besonderer Pflege des Klassen- und Kastengeistes ihre Erziehung auf Standesschulen erhalten, sondern durch die breite Schicht des Volkes, durch die Leistungsfähigkeit aller derer, die irgendwie Arbeiter heißen. Auf keinem Gebiete, man nehme, welches man wolle, sind angesichts der heutigen hochgesteigerten geistigen und technischen Weltentwicklung Erfolge zu erreichen, wenn keine gründlich geschulte Arbeitermasse zur Verfügung steht. Auf jeden Einzelnen kommt es an, um im friedlichen Wettbewerb die Probe bestehen zu können, und da der breite Urstrom der Bildung, die den Massen überliefert wird, von der Volksschule ausgeht, von der breiten Grundlage der Einheitsschule ausgehen muß, in der für Standes- und Klasseninteressen kein Raum mehr ist, ergibt sich aus dem Gesagten die Bedeutung der Volksschule für den neuen Volksstaat ganz von selbst. Es ist im Rahmen dieses Artikels weder möglich noch beabsichtigt worden, in eingehender Weise die Grundzüge der Neugestaltung des Lehrstoffes der Volksschule darzulegen. Es sei nur, um das Ziel anzudeuten, darauf hingewiesen, daß nach der Fortschaffung vieles toten Ballastes, der „dem Volke erhalten bleiben mußte", in der Volksschule z. B. ganz besonders auf sprachlichem und volkswirtschaftlichem Gebiete bedeutend mehr als bisher geleistet werden muß. Die Aufgabe der Schule muß die sein, den Schüler für das praktische Leben arbeitsfähig zu machen, eine freilich uralte theoretische Forderung, die aber immer noch ihrer Realisierung wartet. Die dafür erforderliche Zeit wird durch die Hinausschaffung jenes Ballastes gewonnen.

Das Barometer der Leistungsfähigkeit der Volksschule steigt und fällt mit der Art des Ausbaues des Volksschullehrerberufes. Des Volksschullehrerstandes Zukunft ist deshalb auch in vieler Hinsicht des Volkes Zukunft. Zwei Hauptursachen sind es, welche den Volksschullehrerstand bisher nicht zu der Bedeutung gelangen ließen, die er im Interesse der Zukunft unseres Volkes erlangen muß. Der erste Punkt betrifft die bisherige ungenügend hohe Besoldung, welche oft kaum an die Löhnung der ungelernten Arbeiter heranreicht und zu allerlei Nebenbeschäftigungen zwingt, die die Kraft des Lehrers zersplittern. Wer hat den Schaden davon? Das Volk, das Einbuße an seiner Bildung erleiden muß. Es ist berechtigte Hoffnung vorhanden, daß man im neuen Volksstaate endlich einmal ganze Arbeit mit der Besoldung der Lehrer machen wird, die dann erst ihr ganzes Interesse auf ihren Beruf lenken können. Der zweite Grund ist in der bisherigen Art der beruflichen Ausbildung der Volksschullehrer zu suchen. In der Präparandenanstalt sitzen zusammengewürfelt nebeneinander Schüler aus der unter den beschränktesten Verhältnissen arbeitenden einklassigen Volksschule neben solchen, welche eine neunklassige Schule besucht haben und sich nun, oft von allerjüngsten Hilfslehrern unterrichtet, bereitwilligst in der geliebten Kunst des Vergessens üben, die an dieser Stelle sehr wenig angebracht ist. An die der Präparandenanstalt folgende Stufe des Lehrerseminars ist als erste Anforderung die zu stellen, daß die Berufsbildung eines Pädagogen nur durch Pädagogen vermittelt werden darf. Wie steht es bisher mit der Erfüllung dieser so selbstverständlich erscheinenden Forderung? Die Seminardirektoren und Oberlehrer, welche den Unterricht in Erziehungslehre, Methodik und Schulpraxis erteilen, sind in der Regel Theologen oder Philologen; die sich erst aus Büchern von Volksschullehrern das in dieser Hinsicht nötige Wissen aneignen mußten. Nicht ihnen soll an dieser Stelle ein Vorwurf gemacht werden, sondern dem System. Deshalb erhebt die Volksschullehrerschaft die Forderung, daß sie in Zukunft ihre Allgemeinbildung auf einer jener sogenannten höheren Schulen, die auch der Allgemeinheit dienen, erwerbe, ihre pädagogische Fachbildung aber auf einem pädagogischen Universitätsseminar. Erst wenn an allen Universitäten Lehrstühle für Pädagogik errichtet worden sind, von welchen herab die Pädagogik den künftigen Volksschullehrern nach Art der exakten Wissenschaften übermittelt wird, hat die Volksschullehrerschaft die Stellung errungen, die ihr ihrer Bedeutung gemäß gebührt. Erst dann ist sie Herr im eigenen Hause und nicht mehr Mieter in einem fremden, in dem berufsfremde Herrn, z. B. in der zu bekämpfenden Ortsschulaufsicht, sich breit machen, um die Volksschullehrerschaft zu bevormunden und niederzuhalten. Erst dann hat sie Freiheit und Selbständigkeit erlangt, welche die meisten anderen Berufe schon längst besitzen. Erst dann ist die Volksschullehrerschaft in der Lage, auch im Verein mit der übrigen Lehrerschaft als ein in jeder Hinsicht gleichzubewertendes Glied derselben einen einheitlichen, in sich geschlossenen Organismus zu bilden, der sich selbst regiert. Dann ist der unwürdige Zustand beseitigt, daß die Regierung es meistens den Lehrern bisher selbst überlassen hat, sich als Autodidakten in der Freizeit von allen möglichen Richtungen her allerlei Wissen auf eigene Faust zusammenzusammeln, worauf die Regierung sich herbeiläßt, dieses gar nicht von ihr übermittelte Wissen in der Mittelschullehrer- und Rektorprüfung ein paar mehr oder weniger gute Stichproben zu unterziehen und auf Grund derselben die Befähigung zur Schulleitung abzustempeln. Vielmehr wird dann die akademisch gebildete Volksschullehrerschaft als solche ohne Ablegung weiterer Prüfungen in der Lage sein, in allen Zweigen der Schulverwaltung bis hinauf ins Unterrichtsministerium ihr Schulhaus selbst verwalten zu können, da sie dann für alle Verwaltungsstufen über Kräfte mit der nötigen Einsicht und Bildung verfügt. Nur wer selber in der Volksschularbeit steht, erlangt jenes Maß von Vertrauthelt mit ihr, das zur rechten Würdigung und Leitung der Volksschule unbedingt nötig ist, und einem solchen Manne wird die Volksschullehrerschaft auch mit ganzem Vertrauen begegnen.

Erst wenn die Volksschule zum Segen der Volkserziehung diese Ziele erreicht hat, sind die Volksschulpädagogen eine in sich geschlossene, einheitliche Arbeiterschaft, und als solche, als Arbeiter an den höchsten Volksgütern, werden sie im Volksstaate ganz von selbst die richtige Bewertung erlangen. Gleichermaßen wie es mit ihnen und der Volksschule vorwärts geht, geht es auch mit dem ganzen Volke vorwärts. Manches ist ja schon in der angedeuteten Weise geschehen. Jetzt aber, wo nach dem Zusammenbruch des Klassenstaates auf allen Gebieten neue Fundamente gelegt werden, muß auch am Hause der Volksschule ganze Arbeit geleistet werden, und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß sie auch geleistet werden wird. Der Strom der Entwicklung neuen Lebens braust heute mit unwiderstehlicher Kraft über alle längst morschen Stützen und Pfeiler überlebter Einrichtungen dahin, und sonnenhafte Lichtflut erhebt sich über die finsteren Berge der Reaktion und bringt auch der Volksschule ein neues Morgenrot.

Vermischtes.

g. **Die Zuckerrationierung — ein Segen?** Die letzten wissenschaftlichen Untersuchungen haben klargelegt, daß ein Uebermaß von Kohlenhydraten (Stärke und Zucker) und besonders von Rübenzucker und Rohrzucker die Aufspeicherung großer Zuckermengen im Körper und eine Schwächung der willkürlichen und unwillkürlichen Muskeln im Verdauungskanal usw. zur Folge hat. Dr. Curle in Glasgow hat nachgewiesen, daß vor der Zuckerrationierung in England nur 1 Prozent der dortigen Arbeiterbevölkerung normalen Zuckergehalt im Körper hatte, und daß 99 von Hundert Personen an einem Ueberschuß dieses Stoffes litten. Es hat sich auch gezeigt, daß die Gesundheit derjenigen, die gezwungenermaßen auf Zucker und Kaffee, Tee usw. verzichteten, um soviel besser wurde, daß sie sich vornahmen, nach dem Kriege nicht wieder zum Gebrauch von Zucker überzugehen.

Deutsches Mahnwort.

Von Emanuel vom Weber.

So wie im Schoß der Erde
Jetzt keimt die junge Saat,
Den Winterstürmen trotzend,
Bis ihr der Frühling naht,
So wächst mit jedem Tage
Das Saatkorn Republik,
So wird sich bald erfüllen
Des Vaterlands Geschick.
Wohl toben heut noch Stürme
Noch streiten die Parteien;
Doch zur Entscheidungsstunde
Wird Deutschland einig sein.
Der Augenblick ist nahe,
Der uns die Macht verleiht,
Des freien Volkes Rechte
Zu sichern allzeit.
Ihr, die ihr heut noch wanket,
Versäumet nicht den Tag,
Den ihr Erlösung danket
Von Untergang und Schmach!
Jetzt gilt es aufzubauen,
Was uns der Krieg entwand,
Mit Arbeit und Vertrauen:
Ein einig Vaterland!
Kämpft mit in unsrer Reihe
Für Freiheit, Menschenglück!
So wach'e und gedeihe
Die deutsche Republik!

Zum Wahlrecht veröffentlicht Frida Schanz folgenden Spruch:

Ihr habt die Wahl, die Wahl ist euch gegeben!
Nichtsein und Sein — Ertrinken oder Leben —
Nein oder Ja. — Zertrümmern oder Bauen! —
Ihr habt die Wahl! Ihr habt sie. Wählt ihr Frauen!

Bekanntmachung.

Durch Gemeindebeschluß vom 30. Oktober/18. November 1918 und mit Zustimmung der hiesigen Polizeiverwaltung sind die Fluchtlinien der im südöstlichen Bebauungsplane vorgesehenen Straßen Ca und Dd sowie des Teiles der Zonastraße zwischen Luttenstraße und Straße L aufgehoben und zugleich an den Mündungen dieser Straßen für die Wegener-, Hutten- und Turmstraße sowie Straße L neue Fluchtlinien festgelegt worden.

Der bezügliche Plan liegt im Magistratsbureau 1 (Magazingebäude, Zimmer 23) zu jedermanns Einsicht aus. Einwendungen gegen ihn sind innerhalb einer mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beginnenden Frist von 4 Wochen bei dem unterzeichneten Magistrat anzubringen.

Halle, den 4. Januar 1919. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190109-10/fragment/page=0006